



---

## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

### 15. Sitzung vom 2. Februar 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.18 Uhr

---

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Brigitte Schori, Stefan Kaiser

---

Präsident:

  
Thomas Häfele Racin

Protokoll:

  
Sandra Matter

## **Begrüssung**

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* eröffnet die Sitzung und heisst seine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste herzlich willkommen. Besonders begrüsst er die Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Protokollführerin Sandra Matter, den Weibel Korporal Singer, die beiden Abwarte Sascha Buser und Daniel Platzgummer. Ausserdem heisst er die Vertreterinnen und Vertreter der Medien Herrn Gregor Szyndler vom Binninger Wochenblatt, Rolf Zenklusen vom Binninger Anzeiger und Daniel Wittlin von regio TVplus herzlich willkommen.

## **Mitteilungen des Präsidenten**

Seit der letzten Sitzung hätten Christoph Maier und Daniel Setz von der FDP-Fraktion ihren Rücktritt per Ende 2025 erklärt, teil der Präsident mit. Auch wenn beide heute nicht anwesend sein könnten, spreche er ihnen den Dank und die Wertschätzung des Rates aus. Christoph Maier sei im Januar 2014 in den Einwohnerrat nachgerückt und 2016, 2020 und 2024 jeweils mit ausgezeichneten Resultaten wiedergewählt worden. Ab 2019 habe er die Spezialkommission Immobilienstrategie präsiert, ab 2020 die GRPK und seit Januar 2025 die Immobilienkommission. Der Präsident führt aus, Christoph Maier habe Rat und Gemeinde während zwölf Jahren entscheidend geprägt und mit juristischer Expertise sowie präziser Analyse wichtige Impulse gesetzt. Mit seinem Rücktritt verliere der Rat eine wichtige, kritische, aber konstruktive Stimme.

Weiter erläutert der Präsident, Daniel Setz sei im April 2019 in den Einwohnerrat vorgerückt und ab 2020 Mitglied der Bau- und Planungskommission sowie verschiedener Spezialkommissionen gewesen, namentlich der Spezko Versorgungsregion ABS, der Spezko Immobilienstrategie und der Spezko Werterhaltung Schloss. Zudem habe er ab 2020 als Fraktionspräsident der FDP gewirkt. Der Präsident erklärt, Daniel Setz habe mit ruhiger, überlegter Art wertvolle Voten eingebracht und bei anspruchsvollen Geschäften frühzeitig zur Klärung der Lage beigetragen. Er spricht beiden seinen Dank für das Engagement zugunsten des Einwohnerrates und der Gemeinde Binningen aus und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Der Präsident begrüsst sodann Dunja Bühler und Karin Schinzel für die FDP, Melanie Held für die SVP sowie Patrick Bürgler für die SP als neue Ratsmitglieder und wünscht ihnen viel Erfolg im Amt. Er ergänzt, mit Dunja Bühler, Melanie Held und Karin Schinzel steige der Frauenanteil im Rat von 35 % auf fast 43 %. Zudem seien nun drei Ehepaare im Rat vertreten.

Anschliessend weist der Präsident auf die Dringlichkeit von Vorstössen hin. Er führt aus, eine Dringlichkeit setze voraus, dass dem Gemeinderat bereits an der Sitzung sämtliche relevanten Informationen vorlägen und intern ein Beschluss zur Position erfolgt sei. Bei komplexen oder kurzfristig eingereichten Vorstössen könne dies erheblichen Aufwand für Verwaltung und Gemeinderat verursachen. Er bittet darum, neue Vorstösse möglichst frühzeitig einzureichen und die Dringlichkeit sorgfältig abzuwägen.

Weiter informiert der Präsident über frühere Probleme mit der Verstärkeranlage und teilt mit, der Hersteller sei heute vor Ort. Für den Fall weiterer technischer Schwierigkeiten stehe eine zweite Anlage bereit. Er dankt für die Aufmerksamkeit und hofft auf eine effiziente Sitzung.

## **Präsenz**

Zur Präsenz stellt Einwohnerratspräsident Thomas Häfele fest, Brigitte Schori und Stefan Kaiser, beide von der FDP, seien entschuldigt. Anwesend seien 38 Einwohnerräte. Das absolute Mehr betrage 20 Stimmen, das Zweidrittelmehr 26 Stimmen und ein Drittel 13 Stimmen.

Bevor zu den Geschäften übergegangen werde, kündigt der Präsident an, es werde erneut eine Probeabstimmung durchgeführt. Er erinnert daran, an der letzten Sitzung sei die Frage gestellt worden, wer über den Ausschluss eines Ratsmitglieds bei fortgesetzter Störung entscheide. Gemäss § 41 der Geschäftsordnung liege dieser Entscheid beim Einwohnerrat.

Der Präsident führt weiter aus, die beiden bisherigen Leader im Ranking nach drei Quizrunden hätten an der letzten Sitzung nicht korrekt geantwortet. Dadurch gebe es nun eine Spitzengruppe von sechs Kandidatinnen und Kandidaten mit je drei Punkten, nämlich Gaida Löhr und Jonathan Noack von der SP, Rachel Amacker von der Mitte/GLP sowie Jonas Lüthi, Peter Frauchiger und Stefan Kaiser von der FDP.

Anschliessend erläutert der Präsident die heutige Geschäftsordnungs-Quiz-Frage betreffe das Behördenreferendum. In Binningen bestehe seit 1972 ein Gemeindeparlament; die erste Geschäftsordnung sei unmittelbar zur Konstituierung des Rates im Juli 1972 in Kraft gesetzt worden. Zur Abstimmung stehe die Frage, seit wann der entsprechende Paragraph eingeführt sei und der Einwohnerrat mit einem Drittel Mehrheit einen Beschluss der Urnenabstimmung unterstellen könne. Als Antwortmöglichkeiten nennt der Präsident seit der Konstituierung im Juli 1972 (Ja), seit der Totalrevision im Juni 2000 (Nein) oder seit Januar 2018 (Enthaltung).

Der Präsident erklärt die Abstimmungsmodalitäten und eröffnet die Probeabstimmung. Anschliessend stellt er fest, es seien 38 Stimmen eingegangen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss. Er teilt mit, korrekt sei die Antwort «Enthaltung». Der Paragraph 47a sei am 29. Januar 2018 durch den Einwohnerrat beschlossen und rückwirkend per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt worden.

### **Neue Vorstösse**

Nr. 116, Dringliches Postulat: «Verbesserung der Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung»

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* teilt mit, seit der letzten Sitzung sei ein neuer Vorstoss eingereicht worden, nämlich ein dringliches interfraktionelles Postulat zur Verbesserung der Transparenz und der Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung. Gemäss Geschäftsordnung könne eine dringliche Behandlung eines Postulats mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Er bittet die Postulanten, den Vorstoss sowie die beantragte Dringlichkeit kurz zu begründen, und fragt, wem er dafür das Wort erteilen dürfe.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* äussert, er spreche zur Dringlichkeit. Der Vorstoss sei eine Ergänzung zur Motion von Christian Schmid (SVP) und solle breitere Lösungsvarianten ermöglichen. Die Postulanten hätten angestrebt, die Antworten für die nächste Sitzung verfügbar zu haben. Der Votant erklärt, man habe den Aufwand unterschätzt, entschuldige sich dafür und ziehe die Dringlichkeit zurück.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* nimmt dies zur Kenntnis und hält fest, über die Dringlichkeit werde nicht abgestimmt. Das Postulat werde an einer der nächsten Sitzungen behandelt. Änderungswünsche zur Traktandenliste lägen nicht vor

## Traktandenliste

	Gesch. Nr.
1. <b>Protokoll vom 15. Dezember 2025</b>	
2. <b>Ersatzwahlen Immobilienkommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	<b>110</b>
3. <b>Ersatzwahlen Geschäftsprüfungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	<b>111</b>
4. <b>Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	<b>112</b>
5. <b>Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	<b>113</b>
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.11.2025 <b>Quartierplan Spiesshöfli, 2. Lesung</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>105</b>
7.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2025 <b>Baumschutzreglement, 1. Lesung</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>46</b>
8.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025 <b>Investitionsausgabe für die Strassensanierung inkl. Einrichtung einer Begegnungszone Ziegel-/Schützenweg</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>106</b>
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.01.2026 <b>Investitionsausgabe für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>114</b>
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.01.2026 <b>Investitionsausgabe Schliessanlage</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>115</b>
11.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2025 <b>Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>53</b>
12.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.09.2025 <b>Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>79</b>
13.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025 <b>Interpellation R. Büchelin, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld</b> Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	<b>83</b>

14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.01.2026  
**Interpellation L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware**  
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein

92

15. Diversa

## Traktandum 1

---

### Protokoll vom 15. Dezember 2025

Zum Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2025 erklärt der Präsident, es seien keine Änderungsanträge eingegangen; das Protokoll gelte als genehmigt.

### BESCHLUSS

---

://: Das Protokoll wird genehmigt.

**Gesch. Nr. 110**

---

## Traktandum 2

### Ersatzwahlen Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* erteilt das Wort für Wahlvorschläge.

*Marco Giani, FDP* erklärt, die FDP schlage Jonas Lüthi als Mitglied der Immobilienkommission vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

In Bezug auf das Präsidium der Immobilienkommission schlägt Marco Giani, FDP Jonas Lüthi vor. Weitere Vorschläge werden nicht eingebracht.

Für die Ersatzmitgliedschaften schlägt Marco Giani, FDP sich selbst als Ersatzmitglied vor.

*Hubert Steffen, SVP* teilt mit, die SVP nominiere Melanie Held. Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

### BESCHLUSS

---

://: 2.1. Jonas Lüthi, FDP, ist als Mitglied und Präsident der Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 gewählt.

2.2. Als Ersatzmitglieder werden Melanie Held, SVP, und Marco Giani, FDP, gewählt.

### Traktandum 3

#### Ersatzwahlen Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Zur Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission schlägt Karin Müller, SP Jonathan Noack vor. Weitere Vorschläge liegen nicht vor, es kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

#### BESCHLUSS

---

://: 3.1. Jonathan Noack, SP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

### Traktandum 4

#### Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

*Jonathan Noack, SP* schlägt bei der Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission Patrick Bürgler vor.

*Hubert Steffen, SVP* schlägt Christian Schmid vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht; beide gelten als gewählt.

*Hubert Steffen, SVP* äussert, die Partei fühle sich nicht gerecht behandelt. Er führt aus, man habe Charlotte Marti als Ersatzmitglied nominieren wollen, dies sei jedoch nicht möglich, da sie Präsidentin des Sekundarschulrats sei. Der Votant erläutert, der Sekundarschulrat sei eine kantonale Hoheit und habe mit der Gemeinde nichts zu tun. Er ergänzt, Richard Bräunlich, SP sei früher gleichzeitig Mitglied der Rechnungsprüfungskommission und des Sekundarschulrats gewesen. Er erklärt, er verstehe die rechtliche Grundlage nicht, weshalb dies bei Charlotte Marti nicht möglich sei.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* ergreift das Wort und erläutert zur Klärung für den Rat, gemäss Gemeindegesetz seien Vertreter von Behörden, namentlich Mitglieder des Sekundarschulrats oder der Sozialhilfebehörde, nicht in die Geschäftsprüfungskommission oder die Rechnungsprüfungskommission wählbar. Er führt aus, dies könne darauf zurückzuführen sein, dass der Sekundarschulrat mittlerweile eine kantonale und nicht mehr eine Gemeindebehörde sei, das Gemeindegesetz in diesem Punkt jedoch noch nicht revidiert worden sei. Der Votant erklärt, das Gemeindegesetz gehe der Geschäftsordnung des Einwohnerrats vor, weshalb die Regelung bis zu einer kantonalen Revision zu akzeptieren sei. Er ergänzt, sofern keine Nachfolgelösung oder Ersatzmitglieder vorlägen, bleibe die Ersatzmitgliedsposition bis auf Weiteres vakant.

#### BESCHLUSS

://: 4.1. Christian Schmid, SVP, und Patrick Bürgler, SP, werden für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglieder in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

---

**Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028**

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* leitet zu Traktandum 5 über und teilt mit, Daniel Setz sei aus dem Einwohnerrat ausgeschieden und Jonas Lüthi aus der BPK zurückgetreten, weshalb zwei Mitglieder der Bau- und Planungskommission durch die FDP-Fraktion zu ersetzen seien. Er ersucht um die Wahlvorschläge des Fraktionspräsidenten.

*Marco Giani, FDP* erklärt, es freue ihn, neue Kandidatinnen vorschlagen zu können. Er schlägt Karin Schinzel und Dunja Bühler als Nachfolgerinnen von Daniel Setz und Jonas Lüthi vor.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* dankt für den Vorschlag, stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge oder Voten vorliegen, und gratuliert Dunja Bühler und Karin Schinzel zur Wahl als Mitglieder der Bau- und Planungskommission.

**BESCHLUSS**

**://:** 5.1. Karin Schinzel, FDP, und Dunja Bühler, FDP, werden für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt

---

**Traktandum 6****Gesch. Nr. 105****Quartierplan «Spiesshöfli»**

**://:** Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

*Präsident Thomas Häfele, FDP*, eröffnet Traktandum 6 und bittet um die Voten der Fraktionssprechenden.

**DISKUSSION**

*Lewin Lempert, SP* führt aus, das vorliegende Projekt überzeuge und entspreche im Wesentlichen den bereits in der letzten Sitzung dargelegten Argumenten. Der Votant erläutert, die Bevölkerung habe sich in einer Volksabstimmung klar für das Projekt ausgesprochen, weshalb diesem demokratischen Entsch eid Rechnung zu tragen sei, indem der Einwohnerrat das Geschäft definitiv beschliesse. Er betont, bereits in der letzten Sitzung habe eine breite Mehrheit des Rates hinter dem Projekt gestanden. Weiter erklärt er, es sei an der Zeit, die Diskussionen zum Spiesshöfli abzuschliessen, nicht aus Ermüdung, sondern aus Überzeugung, dass das Projekt Binningen vortranbringe. Der Votant ergänzt, es entstehe Wohnraum für Mittelstandsfamilien, ein Anteil Kostenmiete sei vorgesehen, der Birsig werde begrünt und ein öffentlicher Spielplatz geschaffen. Abschliessend äussert er den Wunsch, der Rat möge zustimmen und der Bauherrschaft signalisieren, dass der Baubeginn begrüsst werde.

*Jonas Lüthi, FDP* erklärt, die FDP habe das Geschäft erneut geprüft und könne sich dem Votum des Vortredners anschliessen. Er äussert jedoch Bedenken hinsichtlich der im Abstimmungskampf geführten Diskussionen über Enteignungen und führt aus, einzelne Anwohner seien enteignet oder mit Entschädigungen abgegolten worden. Der Votant findet, dies hinterlasse einen faden Beigeschmack. Gleichzeitig hält

er fest, ausschlaggebend sei das Resultat der Volksabstimmung, weshalb sich seine Fraktion den Anträgen anschliesse.

*Christian Schmid, SVP* äussert, die SVP bleibe bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der geplanten Überbauung. Die Bevölkerung habe gemäss Abstimmung «Nein» zum Park, jedoch nicht «Ja» zur nun vorgesehenen Überbauung gesagt. Er erinnert daran, dass im Abstimmungsbüchlein weder konkrete Flächenangaben noch grafische Darstellungen der geplanten Neubaufäche enthalten gewesen seien. Dies habe der Gemeinderat zwar geschickt formuliert, indem lediglich von rund 15–20 % mehr Wohnungen die Rede gewesen sei. Man habe aber verschwiegen, dass die bebaute Fläche von etwa 5'000 m<sup>2</sup> auf 11'000 m<sup>2</sup> anwachsen werde.

Der Votant führt weiter aus, viele Stimmberechtigte hätten vermutlich gar nicht den weiterführenden Online-Link konsultiert, auf dem nähere Angaben zu finden gewesen wären. Auch beim Kostenpunkt von rund 20 Millionen Franken mit einem Quadratmeterpreis von 3'500 Franken fehle die Transparenz. Es seien weder Pläne noch Visualisierungen veröffentlicht worden, weshalb sich die Bevölkerung kein Bild habe machen können.

Er ergänzt, mehrere Anwohnende hätten bereits ein Referendum angekündigt, weshalb mit einer erneuten Volksabstimmung zu rechnen sei. Die SVP begrüsse es, wenn das Volk letztlich das letzte Wort habe. Persönlich betont Christian Schmid, er hätte das Projekt akzeptiert, wären im Abstimmungsbüchlein klare Zahlen und Darstellungen enthalten gewesen. Er wiederholt sein Kompliment an den Gemeinderat, der die Kommunikation äusserst geschickt, jedoch aus seiner Sicht unvollständig geführt habe.

Abschliessend weist er auf einen möglichen Interessenkonflikt hin, da ein Mitglied des Gemeinderats im Verwaltungsrat eines der Miteigentümerunternehmen sitze. Dies sei für ihn nicht vertretbar. Seine Fraktion wolle sich weiterhin für umfassende Information der Bevölkerung einsetzen und sehe in der Überbauung einen problematischen Schritt in Richtung einer Entwicklung ähnlich wie in Birsfelden. Steigende Steuern seien zu befürchten.

*Peter Bertschi, Grüne/EVP* erläutert, seine Fraktion unterstütze den Quartierplan, da zentrale Anliegen berücksichtigt würden. Er führt Veloparkplätze, begrünte Fassaden, Fernwärme sowie die grüne Umgebungsgestaltung und das renaturierte Birsigufer an und kündigt die Zustimmung zum Antrag des Gemeinderats an.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* ergreift das Wort und hält fest, sie spreche nicht im Namen ihrer Fraktion. Die Votantin betont die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit zwischen Einwohner- und Gemeinderat und erinnert daran, Kritik sei zulässig, solle jedoch in angemessener Wortwahl erfolgen. Sie ergänzt, persönliche Vorwürfe gehörten nicht in eine konstruktive politische Debatte.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* schlägt vor, zunächst dem Gemeinderat das Wort zu erteilen, und fragt, ob dieser Stellung nehmen möchte.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* ergreift das Wort und dankt für die vorangegangenen Voten. Er führt aus, der Gegenstand der Volksabstimmung sei der Birsigpark gewesen, während heute der Quartierplan behandelt werde. Der Einwohnerrat fungiere dabei als Bewilligungsbehörde für diesen Quartierplan.

Er erläutert, es sei zwar möglich, dass das Volk zu einem späteren Zeitpunkt nochmals über die Angelegenheit abstimme, dies sei jedoch nicht zwingend nötig, da nicht über jeden Entscheid des Einwohnerrats an der Urne befunden werden müsse. Er weist darauf hin, dass es auch bei anderen, weniger öffentlich diskutierten Projekten zu einer Erhöhung der Wohnfläche um den Faktor zwei bis drei komme, wobei dort die Privatwirtschaft investiere und die Verfahren ebenfalls auf gesetzlicher Grundlage abliefen.

Weiter erklärt Gemeinderat Philippe Meerwein, der Einwohnerrat bewege sich mit dem vorliegenden Geschäft nicht in einem Bereich zusätzlicher Sonderbegünstigungen, sondern folge den Ergebnissen des vorangegangenen Studienverfahrens und den daraus abgeleiteten Entscheiden. Die Bevölkerung sei in mehreren Schritten informiert worden, auch über das konkrete Projekt. Die tatsächlichen Abmessungen der Überbauung lägen nun auf dem Tisch und seien öffentlich zugänglich. Abschliessend ersucht er den Rat um Zustimmung zum Quartierplan.

*Roman Oberli, SVP* führt aus, dass die Bevölkerung nach seiner Auffassung nicht dem sogenannten «Betonplatz» zugestimmt habe, sondern lediglich ein «Nein» zum Birsigpark geäussert habe. Er stellt die Frage, weshalb die Gemeinde erneut den Bau von Wohnungen plane, nachdem bereits mehrere Millionen Franken in Projekte zur Entlastung der Infrastruktur investiert worden seien. Durch den erneuten Wohnungsbau würden nach seiner Einschätzung genau jene Probleme wieder geschaffen, die zuvor gelöst werden sollten.

Weiter nimmt der Votant Bezug auf eine vorangegangene Bemerkung von Christian Schmid und äusserte, dass er dessen Aussage nicht als übermässig scharf oder unangemessen empfinde. Er betont, dass Voten grundsätzlich erlaubt sein müssten, da andernfalls eine Situation entstünde, in der, so seine Formulierung, „alle nur noch dasitzen und klatschen würden, wenn der Präsident etwas sagt“, was er mit autoritären Verhältnissen vergleicht.

*Christian Schmid, SVP* ergreift erneut das Wort und erläutert, seine Partei sei grundsätzlich nicht gegen Ausbauten auf privatem Grundstück, sofern diese gesetzeskonform erfolgten. Der Votant erklärt jedoch, seine Fraktion lehne Enteignungen sowie doppelte Aufzonungen in Verbindung mit personellen Verflechtungen ab. Er führt aus, als stossend werde empfunden, wenn gleichzeitig ein Mitglied der Exekutive im Verwaltungsrat eines beteiligten Miteigentümers vertreten sei. Der Votant zeigt sich erstaunt darüber, dass im Rat kaum jemand dies problematisch finde, und betont erneut, seine zuvor geäusserten Bemerkungen für die Darstellung im Abstimmungsbüchlein seien tatsächlich als Kompliment gemeint gewesen.

*Lewin Lempert, SP* nimmt in einer Wortmeldung Stellung und betont die Bedeutung des Rechtsstaats. Er erläutert, gegen das Abstimmungsergebnis seien juristische Beschwerden erhoben worden, welche vom Regierungsrat Basel-Landschaft als zuständige Instanz vollumfänglich abgewiesen worden seien. Der Votant erklärt, der Gemeinderat Binningen habe korrekt gehandelt. Er führt weiter aus, es sei wesentlich, wiederholte Vorwürfe auch im Lichte rechtsstaatlicher Entscheide zu würdigen. Dabei knüpft er an die Ausführungen von Rahel Amacker an und betont, Kritik sei zulässig, die Entscheide des Rechtsstaats seien jedoch zu respektieren. Abschliessend ergänzt er, eine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt sei legitim, das Infragestellen rechtsstaatlicher Entscheide hingegen problematisch.

*Christian Schmid, SVP* repliziert, es habe zwei unterschiedliche Beschwerden gegeben. Da der Kanton gleichzeitig Miteigentümer des betroffenen Grundstücks sei, bestehe ein Interessenkonflikt, wenn derselbe Regierungsrat die Rechtmässigkeit beurteile. Es sei nachvollziehbar, dass dieser sich selbst kein Fehlverhalten attestieren würde. Das Abstimmungsbüchlein habe ausschliesslich den Park behandelt, nicht das heute vorliegende Bauprojekt, was er als entscheidend erachte. Das Abstimmungsergebnis werde akzeptiert, doch die nun diskutierten Hochhäuser führten zu höheren Steuern.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* ergreift das Wort und erklärt, sie unterstütze grundsätzlich Grünzonen und sei im Birsig-Park-Komitee engagiert gewesen. Die Votantin führt aus, sie bedaure das Ausbleiben des Parks. Zugleich widerspricht sie der Darstellung, die Ausgestaltung der Überbauung sei der Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen. Sie erläutert, bereits im Juni 2024 sei in der Basler Zeitung eine Abbildung des Projekts publiziert worden, und weist darauf hin, dass im Rat bereits im Zusammenhang mit der Beratung des Birsigparks ein Quartierplan vorgelegen habe. Die Votantin betont, die entsprechenden Informationen seien öffentlich zugänglich gewesen.

*Olivier Kremo, SVP* äussert, unabhängig von der rechtlichen Beurteilung bleibe der Umstand bestehen, dass ein Mitglied des Gemeinderats im Verwaltungsrat eines beteiligten Miteigentümers vertreten gewesen sei. Der Votant erklärt, darin könne ein erheblicher Interessenkonflikt gesehen werden, unabhängig davon, wie dieser bewertet werde.

*Karin Müller, SP* schliesst sich dem Votum von Sirin Hauri an. Sie betont, alle hätten gewusst, dass beim Park auch ein Überbauungsprojekt bestehe. Dieses sei überarbeitet worden und enthalte nun mehr Grünraum. Die Abstimmung habe sich ausschliesslich auf den Parkkredit bezogen – nicht auf die Frage «Park oder Überbauung». Nach Ablehnung des Parks sei klar gewesen, dass das Bauprojekt realisiert werde. Etwaige Befangenheit einzelner Beteiligter sei für die nun zu treffende Investitionsentscheidung nicht von Relevanz.

*Gaida Löhr, SP* äussert, die Diskussion habe einen bedenklichen Charakter angenommen. Nach den Vorfällen der SVP entstehe der Eindruck, der Gemeinderat, der Landrat, die Regierung und selbst die Gerichte arbeiteten nicht sauber. Diese Unterstellungen seien unangebracht und peinlich. Sie beantragt, die Diskussion über Befangenheit und angebliche Verfehlungen abzuschliessen und zur Abstimmung überzugehen.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* spricht der Votantin Gaida Löhr seine Zustimmung aus. Er bittet den Rat, das Thema der Interessenkonflikte nicht weiter zu vertiefen. Allfällige Abklärungen seien gegebenenfalls Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission. Eine Spekulation über Neutralität oder Befangenheit des Regierungsrats stehe dem Rat nicht zu. Er schlägt vor, zur Detailberatung des Quartierplanreglements überzugehen.

*Roman Oberli, SVP* meldet sich nochmals mit einer Replik auf das Votum von Lewin Lempert. Er weist darauf hin, dass nur eine der beiden eingereichten Beschwerden das Verhalten des Gemeinderats betroffen habe, die andere jedoch den Regierungsrat selbst. Er merkt an, dass Stimmrechtsbeschwerden gegen Gemeindebehörden kostenfrei seien, nicht aber gegen den Regierungsrat, wo Vorauszahlungen gefordert würden. Dies sei aus seiner Sicht problematisch und solle hinterfragt werden.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und eröffnet die zweite Lesung des Quartierplanreglements Spiesshöfli. Er fragt nach Änderungsanträgen zu den einzelnen Paragraphen und stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Anschliessend lässt er über die Anträge des Gemeinderats abstimmen und eröffnet die Abstimmung über den Quartierplan Spiesshöfli.

*Der Präsident* fragt nach Änderungsanträgen zu § 1 sowie zu § 2. Anschliessend erkundigt er sich nach Änderungsanträgen zu den §§ 3, 4 und 5 sowie zu den §§ 6, 7, 8 und 9. Da keine Änderungsanträge gestellt werden, stellt er fest, dass zum Quartierplanreglement Spiesshöfli keine Änderungsanträge vorliegen. In der Folge kündigt er an, über die Anträge 1 bis 4 des Gemeinderats abstimmen zu lassen.

## ABSTIMMUNG

Antrag 1: 30 JA / 8 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 3)

Antrag 2: 29 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 4)

Antrag 3: 30 JA / 7 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 5)

Antrag 4: 30 JA / 8 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 6)

## BESCHLUSS

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst den Quartierplan «Spiesshöfli» (in 2. Lesung).  
2. Der Einwohnerrat beschliesst das Quartierplan-Reglement «Spiesshöfli» (in 2. Lesung).

3. Der Einwohnerrat beschliesst den Zonenplan Siedlung und Landschaft, Mutationsplan «Spiesshöfli» (in 2. Lesung).

4. Der Einwohnerrat beschliesst den Baulinienplan «Spiesshöfli» (in 2. Lesung).

## Traktandum 7

Gesch. Nr. 46

### Baumschutzreglement, 1. Lesung

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* leitet zum Traktandum 7 über, der ersten Lesung des Baumschutzreglements. Er hält fest, dass es sich um ein neues Reglement handelt und deshalb eine zweite Lesung erforderlich ist. Grundlage der Beratung sei die Reglementsfassung vom 16.10.2025 gemäss Synopse. Der Präsident erkundigt sich, ob das Eintreten generell bestritten werde, und ersucht anschliessend um die Voten der Fraktionssprechenden.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

### DISKUSSION

*Leon Behrends, FDP* spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung den Dank der FDP-Fraktion für die Überarbeitung des Baumschutzreglements aus. Er führt aus, der Auftrag aus der letzten Einwohnerrats-sitzung, sämtliche Bezüge zum Privateigentum zu streichen, sei aufgenommen und umgesetzt worden. Damit sei ein zentraler Kritikpunkt der FDP ausgeräumt, und die Vorlage bewege sich nun deutlich näher an dem, was die Fraktion als verhältnismässig und praxistauglich erachte. Die FDP sei daher bereit, der Fassung des Reglements vom 16. Oktober 2025 zuzustimmen.

Der Votant betont, für die FDP gelte «Baumschutz ja», jedoch ohne unnötige Bürokratie und ohne Eingriffe ins Privateigentum, welche am Ende mehr Probleme als Wirkung erzeugten. Zusammenfassend erklärt er, die Fraktion unterstütze die Variante vom 16. Oktober 2025 ohne weitere Änderungen, lehne weitergehende Varianten oder Ergänzungen hingegen ab. Falls die Vorlage in dieser Form beschlossen werde, sei die FDP bereit, auch den Verzicht auf eine zweite Lesung zu unterstützen, um das Geschäft effizient abzuschliessen. Ein entsprechender Antrag liege vor. Sollte es hingegen zu substantiellen Eingriffen ins Privateigentum oder aus Sicht der FDP unverhältnismässigen Verschärfungen kommen, behalte sich die Fraktion vor, ein Behördenreferendum zu ergreifen.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* erinnert daran, dass die Baumschutzinitiative Ende Monat vor zwei Jahren zustande gekommen sei und der Einwohnerrat diese am 22. September 2025 angenommen, das Baumschutzreglement aber zur Überarbeitung zurückgewiesen habe. Sie schildert, dieses Geschäft habe sie seither an jeder Sitzung beschäftigt und möchte deshalb den Hintergrund nochmals erläutern. Ziel der Initiative sei es gewesen, in Binningen so weit wie möglich Baumschutz einzuführen. Ein allgemeiner Baumschutz sei im kantonalen Recht nicht vorgesehen, weshalb die Initiative den generellen Schutz von Bäumen auf öffentlichem Grund fordere. Privatgrundstückbesitzenden solle es zudem freiwillig möglich sein, Bäume auf ihrem Grund schützen zu lassen, und es sollten Anreize geschaffen werden, Bäume zu schützen oder neu zu pflanzen. Diese Massnahmen lägen im öffentlichen Interesse, da auch umliegende Liegenschaften und Strassen davon profitierten.

Beim Unterschriftensammeln, führt die Votantin weiter aus, sei deutlich geworden, dass der Baumschutz der Bevölkerung ein grosses Anliegen sei. Bäume im Siedlungsraum seien eine der wichtigsten Massnahmen, um das Dorf lebenswert und attraktiv zu halten. Sie verweist auf zunehmende Sommerhitze und die damit verbundenen Todesfälle sowie auf die Bedeutung von Begrünung für das lokale Klima. In Binningen verschwänden ohne Gegensteuer laufend Bäume, da der Anreiz, Bauziffern maximal

auszunutzen, aktuell höher sei als der Anreiz, Bäume zu erhalten. Der Einwohnerrat habe der Initiative zugestimmt, der Gemeinderat habe daraufhin ein Reglement vorgelegt, das deren Anliegen sinngemäss aufgenommen habe. Dieses sei jedoch mit dem Auftrag zurückgewiesen worden, sämtliche Bestimmungen zum Privateigentum zu streichen. Damit sei es Privatpersonen faktisch verwehrt, freiwillig Bäume auf ihrem Grundstück schützen zu lassen, was die Votantin als massiven Eingriff in deren Souveränität bezeichnet.

Sirin Hauri stellt fest, das nun vorliegende Reglement schütze im Wesentlichen nur noch Bäume auf öffentlichem Grund und entspreche damit nicht der Umsetzung der Initiative. Wer gegen deren Inhalt gewesen sei, hätte die Initiative ablehnen und allenfalls einen abgeschwächten Gegenvorschlag der Volksabstimmung unterbreiten können. Nun bestehe die Wahl, entweder das Reglement in der jetzigen Fassung zu beschliessen und die Initiative faktisch wirkungslos zu machen, oder die Anliegen der Initiative und damit den Volkswillen zu respektieren. Sie stellt den Antrag, das Baumschutzreglement in der ursprünglichen Fassung vom 7. Juli 2025 zu beschliessen. Abschliessend betont sie nochmals, dass sämtliche Bestimmungen zum Privateigentum freiwillig seien, niemand zu etwas gezwungen werde und viele Eigentümerinnen und Eigentümer sich diese Freiheit wünschten. Das Argument, künftigen Generationen werde ein gewinnbringender Verkauf verunmöglicht, hält sie dem entgegen, dass nur ein attraktiver Wohnort langfristig hohe Bodenpreise sichere.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* führt aus, allen sei bewusst, dass Bäume Quartiere kühlen, CO<sub>2</sub> aufnehmen, Schadstoffe filtern, Überschwemmungsrisiken senken, Lebensraum für zahlreiche Arten bieten und das menschliche Wohlbefinden positiv beeinflussen. Die Sicherung und Stärkung dieser Ökosystemleistungen sei vor dem Hintergrund des Klimawandels zentral. Es sei daher wichtig, dass Bäume in der Gemeinde einen hohen Stellenwert hätten. Der Massnahmenplan Klimaanpassung bilde bereits wichtige Leitplanken, ein sinnvolles Baumschutzreglement könne diesen ergänzen.

Für ihre Fraktion sei entscheidend, dass der Baumbestand nicht nur punktuell gesichert, sondern langfristig gestärkt werde. Es gehe dabei sowohl um Quantität als auch um Qualität: Es brauche mehr Bäume, die passenden Arten und Rahmenbedingungen, damit diese gesund alt werden könnten. Die Kombination aus Neupflanzungen, fachgerechter Pflege und Schutz bestehender Bäume sei daher zentral. Junge Bäume seien notwendig, könnten ihre volle Wirkung jedoch erst über Jahrzehnte entfalten, während ältere Bäume in der Regel mehr CO<sub>2</sub> gespeichert hätten und eine höhere jährliche CO<sub>2</sub>-Senkenleistung erbrächten. Wer Klimaschutz und Klimaanpassung ernst nehme, müsse bestehende grosse Bäume schützen und zugleich vorausschauend in neue investieren.

Die Rednerin weist darauf hin, dass ein wesentlicher Teil des Baumbestands in Binningen auf privatem Grund stehe. Mit dem Beschluss, sämtliche Bestimmungen zum Privateigentum zu streichen, werde ein beträchtlicher Wirkungsbereich ausgeklammert und eine zentrale Forderung der Initiative nicht erfüllt. Die Eigentumsfreiheit sei ein hohes Gut, ebenso jedoch die Verantwortung gegenüber den Lebensbedingungen kommender Generationen. Ihre Fraktion habe sich gefragt, weshalb der Baumschutz auf privatem Grund nicht stärker über gezielte Förderung gedacht werde, etwa Anreize für Neupflanzungen einheimischer, ökologisch wertvoller und klimatauglicher Arten oder Beiträge an fachgerechte Pflege. Damit liesse sich der Schwerpunkt vom reinen Schutz hin zum aktiven Aufbau eines widerstandsfähigen Baumbestands verschieben. Ein Baumschutzreglement könne ein wichtiger Schritt sein, wenn es sinnvoll ausgestaltet sei und tatsächlich Wirkung entfalte. Mit der vollständigen Ausklammerung des privaten Bereichs und dem starken Fokus auf Schutz bei zu geringem Gewicht auf Neupflanzungen stehe die Fraktion der aktuellen Fassung kritisch gegenüber.

*Christian Schmid, SVP* erklärt, seine Fraktion habe sich bereits in der letzten Sitzung ausführlich geäussert und wolle ihr Abstimmungsverhalten heute zusammenfassend darlegen. Die SVP strebe dasselbe Vorgehen an wie die FDP: Wenn das Reglement so beschlossen werde, wie im Vorjahr besprochen, sei

man bereit, dies als Kompromiss zu akzeptieren. Andernfalls werde auch die SVP ein Behördenreferendum ergreifen. Er richtet insbesondere an die Mitte/GLP-Fraktion die Hoffnung, dass sie sich «halbwegs bürgerlich» entscheide.

Der Votant führt aus, es handle sich um Privateigentum, über das bereits heute jede Eigentümerin und jeder Eigentümer frei verfügen könne. Es stehe ihnen frei, Bäume stehenzulassen, ihnen Denkmäler zu setzen oder zusätzliche Bäume zu pflanzen, ohne dass der Staat eingreifen müsse. Angesichts der Bodenpreise in Binningen sei davon auszugehen, dass Eigentümerinnen und Eigentümer sich Bäume auf ihren Grundstücken leisten könnten, ohne staatliche Subventionen in Anspruch zu nehmen. Weitere staatliche Aufgaben würden hingegen mehr Personal und Bürokratie bedingen, was wiederum Kosten verursache, die letztlich von der Bevölkerung zu tragen seien.

Christian Schmid äussert zudem rechtliche Bedenken und stellt Fragen zur Durchsetzung, etwa im Fall eines Grundstückverkaufs, bei dem ein geschützter Baum nicht korrekt ausgewiesen worden sei. Die SVP sei bereit, dem als Kompromiss verstandenen Entwurf zuzustimmen, lehne aber weitergehende staatliche Eingriffe ins Privateigentum ab. In Bezug auf die angesprochenen Hitzetote fragt er, wie viele Todesfälle sich pro Jahr effektiv verhindern liessen, wenn in Binningen hunderte Bäume gepflanzt würden, und welchen messbaren Einfluss dies auf das globale Klima und die Temperaturentwicklung haben solle.

*Gaida Löhr, SP* erklärt, die SP-Fraktion unterstütze die Position der Grünen und verzichte darauf, die von Sirin Hauri dargelegten Argumente zur Bedeutung von Bäumen und Grünflächen zu wiederholen. Sie geht auf zwei Punkte aus den Voten der SVP und FDP ein. Zum einen kritisiert sie die immer wieder gestellte Frage nach der Wirkung lokaler Klimaschutzmassnahmen und bezeichnet diese als illusorisch: Der Klimaschutz lebe gerade davon, dass an vielen Orten kleine, konkrete Schritte unternommen würden; auf die Grossen zu warten, sei keine sinnvolle Strategie. Bäume würden überdies nicht nur global, sondern ganz konkret lokal helfen, die heissen Sommer besser zu ertragen. Die Frage nach der Anzahl der dadurch verhinderten Todesfälle bezeichnet sie als zynisch.

Zum anderen geht die Votantin auf die vehemente Verteidigung des Privateigentums ein. Es gehe hier genau darum, bestimmten Eigentümerinnen und Eigentümern das Recht zu geben, zu entscheiden, dass ihre Bäume auch bei einem Verkauf oder einer Erbschaft stehen bleiben sollen. Dies sei kein Eingriff in die Eigentumsrechte, sondern eine Unterstützung jener Eigentümer, die dies wünschten. Derzeit sei es gerade ihnen verwehrt, ihren Besitz auf diese Weise zu schützen.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* fragt den Gemeinderat, ob er sich zur laufenden Diskussion äussern wolle.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* dankt für die Rückmeldungen zum Baumschutzreglement und erinnert daran, dass der Einwohnerrat an der ersten Beratung der Initiative zugestimmt habe. Diese halte im zweiten Stichpunkt ausdrücklich fest, dass private Eigentümerinnen und Eigentümer Bäume auf ihrem Grund schützen lassen können. Diese Bestimmung sei in der ersten Reglementsfassung aufgenommen und nach dem Beschluss der letzten Sitzung wieder gestrichen worden. Die jetzige Fassung stehe damit im Widerspruch zu einer Initiative, der der Rat bereits zugestimmt habe.

Die Gemeindepräsidentin legt dar, der Rat habe die Wahl, entweder ein Reglement zu verabschieden, das der Initiative widerspreche, oder die Vorlage so anzupassen, dass die Anliegen, insbesondere der private Baumschutz, wiederaufgenommen würden. Wenn nun verlangt werde, dass Private ihre Bäume nicht schützen dürften, verbiete man ihnen faktisch, wie sie über ihren eigenen Boden verfügen. Sie wiederholt ihre bereits früher geäusserte Kritik, wonach sich FDP und SVP hier zu «Verbotsparteien» entwickelten, die ausgerechnet den privaten Schutz von Bäumen untersagen wollten.

Sie erläutert, der private Schutz sei als freiwillige Kann-Bestimmung ausgestaltet. Niemand werde zu irgendetwas gezwungen; diejenige Person, die den Schutz wolle, könne ihn beantragen, wer dies nicht wolle, lasse es bleiben. Sie vergleicht dies mit bekannten Instrumenten wie Geh- und Wegrechten, die

ebenfalls als Dienstbarkeit auf einem Grundstück lasten und bei Verkauf oder Erbschaft weiterbestehen. Es sei üblich, dass Grundstücke mit Rechten und Lasten belegt seien. Ein geschützter Baum sei insoweit kein grundlegender Unterschied. Zudem sehe das Reglement ausdrücklich vor, dass geschützte Bäume gefällt werden könnten, sofern eine Bewilligung vorliege. Eine solche Bewilligung könne erteilt werden, wenn überwiegende öffentliche oder private Interessen vorlägen, beispielsweise bei einer Erbschaft, wenn ein Baum die Nutzung eines Grundstücks verunmögliche, insbesondere bei entsprechenden Ersatzpflanzungen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi bezeichnet die laufende Debatte als Scheindebatte gegen eine Bestimmung, die niemandem schade, von jenen nicht genutzt werden müsse, die sie ablehnten, und denjenigen eine Handlungsmöglichkeit eröffne, denen der Baumschutz persönlich ein Anliegen sei. Unter dem Titel persönlicher Freiheit sei dies ein Instrument, das eigentlich Schutz verdiene.

Der Präsident erkundigt sich, ob weitere Wortmeldungen vorlägen.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* ergreift erneut das Wort und nimmt Bezug auf die Aussage der SVP, bei der aktuellen Reglementsfassung handle es sich um einen «grossen Kompromiss». Sie hält fest, ein Kompromiss beruhe auf gegenseitigen Zugeständnissen und bittet die SVP zu erläutern, welche Punkte der vorliegenden Fassung sie selbst als Zugeständnis verstehe. Namentlich interessiert sie, welche konkreten Inhalte, etwa zur Förderung und Pflege von Bäumen auf öffentlichem Grund, für die SVP den erwähnten «grossen Kompromiss» darstellen.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* ergänzt in Bezug auf die Diskussion um Hitzetote und Klimaschutz, es müsse klar zwischen Makroklima und Mikroklima unterschieden werden. Niemand behaupte, Binnigen könne durch Bäume die globale Klimaerwärmung stoppen, doch lokal entfalte Begrünung eine spürbare Wirkung. Ein Wald zeichne sich gerade dadurch aus, dass er ein eigenes Mikroklima aufweise und es dort einige Grad kühler sei. Dies gelte sinngemäss auch für Bäume im Siedlungsraum; ihr Nutzen sei im lokalen Kontext unmittelbar erfahrbar.

*Christian Schmid, SVP* antwortet in einer Replik auf die Frage nach dem Kompromissverständnis seiner Fraktion. Für die SVP bestehe der Kompromiss darin, dem Staat überhaupt zusätzliche Kompetenzen einzuräumen. Mit der Annahme des Reglements werde der Gemeinde eine neue Aufgabe übertragen, die wiederum Personal und damit Kosten verursache. Dies sei aus seiner Sicht bereits ein weitgehendes Entgegenkommen.

Der Votant hält fest, dass Eigentümerinnen und Eigentümer bereits heute in Kaufverträgen Bedingungen verankern könnten, etwa dass ein bestimmter Baum erhalten bleiben müsse. Entsprechende Dienstbarkeiten liessen sich im Grundbuch eintragen; auf diese Weise könne, wer dies wünsche, Bäume schon heute schützen. Ein zusätzliches kommunales Baumschutzregister sei nicht erforderlich. Wer ein Grundstück kaufe, werde nicht erwarten, dass in einer einzelnen Gemeinde ein spezielles Baumschutzreglement bestehe und müsse nicht in einem kommunalen Register nach versteckten Schutzbestimmungen suchen.

Er warnt davor, den Staat immer weiter auszubauen, mehr Ausgaben und höhere Steuern zu verursachen. Die Eigentümer hätten bereits heute die Möglichkeit, ihre Bäume vertraglich zu schützen, gegebenenfalls auch bei einem tieferen Verkaufspreis, wenn ihnen der Baumerhalt wichtig sei. Ein weiteres Gesetz mit zusätzlicher Bürokratie, Registern und Kosten sei daher überflüssig.

Abschliessend betont er, dass Klimaschutz der SVP wichtig sei, die Schweiz aber bereits heute zu den führenden Ländern beim Klimaschutz gehöre. Der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoss sei in den letzten Jahrzehnten stark gesunken, und es müsse irgendwann auch eine Grenze staatlicher Eingriffe geben. Er unterstreicht seinen Anspruch, als mündiger Bürger ohne detaillierte staatliche Vorgaben über sein Handeln entscheiden zu können und nicht für jede alltägliche Tätigkeit zusätzliche Regulierung zu benötigen.

Der Präsident bittet, dass die Ratsmitglieder ihre künftigen Folgevoten auf eine Redezeit von maximal zwei Minuten beschränken.

*Olivier Kremo SVP* erklärt, er halte Bäume persönlich für sehr wichtig und wünsche sich, dass Binningen grün bleibe und nicht zu einer «Betonwüste» werde. Er betont jedoch, selbst bei Zustimmung zum vorliegenden Kompromiss könnten Private weiterhin unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen beliebig viele Bäume pflanzen und behalten; es gehe ihnen nichts verloren. Wenn nun behauptet werde, der freiwillige private Baumschutz sei die «zentrale Bestimmung» der Initiative, schwäche dies aus seiner Sicht die übrigen Inhalte dieser Initiative eher ab. Die Ausführungen der Gemeindepräsidentin deutet er als Plädoyer zugunsten des Kompromisses und nicht der ursprünglichen Initiative. Einen konkreten Mehrwert der Initiative erkenne er nicht; es gehe letztlich nur darum, künftigen Käufern das Fällen eines störenden Baumes zu erschweren, was unnötige juristische Auseinandersetzungen provozieren könne.

*Felix Gerber, Mitte/GLP* hält fest, viele Personen in Binningen könnten das Anliegen der Initiative nachvollziehen, was sich auch in der breiten Unterstützung beim Unterschriftensammeln gezeigt habe. Gerade die nun diskutierte Möglichkeit, Bäume langfristig schützen zu lassen, verbunden mit der gleichzeitigen Option, sie aus gewichtigen Gründen doch wieder zu fällen, mache das Instrument für ihn jedoch sehr komplex bei voraussichtlich geringem Effekt. Er hätte einen allgemeinen, einfach ausgestalteten Baumschutz als faire Lösung bevorzugt, der rechtlich aber nicht möglich sei. Angesichts der jetzigen Mehrheitsverhältnisse gehe er davon aus, dass es ohnehin zu einer Volksabstimmung kommen werde. Er regt an, sich vermehrt auf Anreizsysteme für Pflanzung und Erhalt, etwa über kreative Unterstützungsangebote oder Dienstleistungen der Gemeindegärtnerei, zu konzentrieren, da unklar sei, ob das Reglement in der ursprünglichen Fassung tatsächlich zu spürbar mehr Bäumen führen würde.

*Jonas Lüthi, FDP* erklärt, die Initiative greife beim Baumschutz zu weit, auch wenn die Zielsetzung, Bäume zu schützen und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, lobenswert sei. Besonders in einer dicht bebauten Gemeinde wie Binningen stünden viele Bäume auf oder nahe an Grundstücksgrenzen, was bei unterschiedlichen Interessen der Nachbarn erhebliches Konfliktpotenzial berge. Er hebt hervor, dass jeder Eigentümer bereits heute frei entscheiden könne, einen Baum stehenzulassen; ein spezielles Baumschutzreglement sei dafür nicht erforderlich. Zur Verdeutlichung berichtet er, er habe zwei grosse Bäume fällen lassen, um mit einer Photovoltaikanlage sein Elektroauto und seine Wärmepumpe mit Solarstrom zu betreiben. Dies betrachte er als nachhaltigen, zielführenden Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* nimmt kurz Stellung und erklärt, sie erkenne in der vorliegenden Reglementsfassung nicht «mehr Staat», sondern im Wesentlichen die bereits im Massnahmenplan Klimaanpassung festgelegten Aufgaben. Sie sehe deshalb auch keinen erkennbaren zusätzlichen Nutzen, der die Bezeichnung «Kompromiss» rechtfertigen würde.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* reagiert auf die zuvor geäusserte Behauptung, für die Ausführung des Reglements müssten drei zusätzliche Stellen geschaffen werden. Sie bezeichnet diese Darstellung als absurd und stellt klar, dass die Umsetzung mit den bestehenden personellen Ressourcen bewältigt werden könne und keine zusätzliche Stelle geschaffen werde. Die geäusserte Behauptung könne man sich «ans Bein streichen».

*Karin Glaser Grüne/EVP* äussert, die Diskussion sei zunehmend ermüdend, insbesondere wegen der wiederholten Androhung eines Behördenreferendums. Sie kritisiert, dass einerseits massiv vor Kosten gewarnt werde, bis hin zu angeblich neuen Stellen, andererseits ein Behördenreferendum angekündigt werde, das seinerseits zusätzliche Aufwände verursache. Wenn Private bereits über Servituten ihren Baumbestand sichern könnten, stelle sich die Frage, weshalb man das Reglement überhaupt ablehne; in diesem Fall könne man ebenso gut der Initiative den Vorzug geben. Sie weist darauf hin, dass Binningen keineswegs allein sei: Andere Gemeinden, einschliesslich Basel-Stadt, kennten seit längerem Baumschutzreglemente.

*Gaida Löhr SP* schliesst an und betont, in anderen Gemeinden bestünden bereits seit langem deutlich weitergehende Baumschutzregelungen, ohne dass dort das Fällen von Bäumen verunmöglicht wäre. Sie erinnert daran, dass soeben mit grossem Engagement über den Birsigpark diskutiert worden sei, bei dem ein erheblicher Betrag für zusätzliche Bäume vorgesehen gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund sei es widersprüchlich, nun den Schutz von Bäumen auf Privatgrundstücken aus Kostengründen abzulehnen. Zudem kritisiert sie das Vorgehen, eine angenommene Initiative mit einem Behördenreferendum zu bekämpfen, als systemwidrig und absurd.

*Leon Behrends, FDP* richtet eine kurze Replik an die grüne Fraktion. Er stellt infrage, inwiefern private Eigentümer heute daran gehindert würden, ihre Bäume zu pflegen und zu erhalten. Aus seiner Sicht bringe die sorgfältige Pflege eines Baumes dessen Gesundheit mehr, als wenn zusätzliche Register geführt würden. Der Hinweis auf spätere Generationen sei zwar berechtigt, doch bedeute Verantwortung gegenüber der Zukunft auch, die Eigentumsfreiheit über Generationen hinweg zu gewährleisten, statt diese durch einmalige Einträge dauerhaft zu beschränken.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* zeigt sich erstaunt, wie stark die «persönliche Freiheit» durch die Einführung einer freiwilligen Eintragungsmöglichkeit als eingeschränkt dargestellt werde. Er habe rechtlich geprüft, ob ein Baum explizit im Grundbuch eingetragen werden könne; nach seinem Kenntnisstand sei dies allenfalls über Dienstbarkeiten oder Pflanzungsrechte indirekt möglich, aber nicht als klarer Baumschutz. Er erinnert daran, dass kürzlich mit Blick auf den Eigenmietwert argumentiert worden sei, es gebe ältere Personen, die zwar ein Haus, aber wenig Einkommen hätten. Gerade diese Personen könnten von Beiträgen an die kostspielige Pflege grosser Bäume profitieren. Die vorgesehene Förderung im ursprünglichen § 5 Abs. 2 habe genau diese Unterstützung vorgesehen und wäre eine Hilfe für einkommensschwächere Eigentümerinnen und Eigentümer gewesen.

*Oliver Peter Mitte/GLP* erklärt, er finde nach wie vor keine «wirklich gute» Lösung zur Wahl, möchte aber einen zusätzlichen Aspekt hervorheben. Der Wert einer einzelnen Liegenschaft hänge stark von der Qualität des gesamten Quartiers ab. Eine zunehmende Verdichtung und Projekte, bei denen wenig Rücksicht auf bestehende Bäume genommen werde, könnten die Attraktivität ganzer Lagen mindern. Er würde eine möglichst liberale Lösung mit gezielter Förderung und wenig Administration bevorzugen, weist jedoch darauf hin, dass auch der fehlende Schutz in der Nachbarschaft Auswirkungen auf die eigene Liegenschaft haben könne.

*Roman Oberli, SVP* führt aus, der Birsigpark wäre eine verpasste Chance gewesen, zusätzliche Bäume zu pflanzen, statt nur Fällungen zu verhindern. Der Einwohnerrat habe zuvor zudem Verdichtungsmassnahmen beschlossen, anstatt konsequent auf Neupflanzungen zu setzen. Er stellt die Frage, ob die linke Ratsseite tatsächlich an einer konstruktiven politischen Zusammenarbeit interessiert sei oder ob es primär um Wahlkampf gehe. Die Baumschutzinitiative sei als «nicht formuliertes Begehren» eingereicht worden; man habe sich bereit gezeigt, über gewisse Punkte, insbesondere Neupflanzungen, zu verhandeln, den Eingriff ins Privateigentum habe man aber klar abgelehnt. Dass nun in diesem Punkt so hartnäckig festgehalten werde, sei aus seiner Sicht nicht im Geist einer gemeinsamen Lösung.

*Melanie Held, SVP* bedauert, dass in einer Sitzung so viele Ressourcen für die Baumschutzfrage beansprucht würden. Sie betont, langfristige Bindungen durch Baumschutz-Einträge könnten problematisch sein, wenn sich Lebensumstände änderten und der Wunsch aufkomme, eine Pflanzung wieder aufzuheben. Aus ihrer Sicht solle man den Fokus eher auf ein bewusstes, vorausschauendes Pflanzen legen und auf zusätzliche formelle Bindungen im Privatbereich verzichten.

*Hubert Steffen, SVP* weist zurück, die SVP bediene sich einer unpassenden Wortwahl. Er kritisiert im Gegenzug die Formulierung der Gemeindepräsidentin, man könne bestimmte Behauptungen «ans Bein streichen», als wenig respektvoll. Er verweist generell auf die Zunahme der Bürokratie in der Schweiz und bezeichnet das vorliegende Baumschutzreglement in der kombinierten Wirkung mit der Initiative als weiteren Schritt in Richtung eines «Bürokratiemonsters».

*Dunja Bühler, FDP* erinnert daran, dass der Birsigpark abgelehnt worden sei und damit eine aus ihrer Sicht gute und teure Gelegenheit für zusätzliche Bäume ungenutzt geblieben sei. Sie zeigt Verständnis für den Ärger in der Bevölkerung, etwa am Beispiel des gefälltten Baums am Kronenplatz, für den noch kein Ersatz bestehe. Sie teilt jedoch die Einschätzung, dass zusätzliche Bürokratie für Bäume nicht zielführend sei; die meisten Eigentümerinnen und Eigentümer seien verantwortungsbewusst genug, ihren Garten und ihre Bäume im eigenen Interesse zu pflegen.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* stellt klar, dass die Grünen für den Birsigpark eingetreten seien und die Unterstützung der Baumschutzinitiative damit konsistent sei. Sie weist darauf hin, dass in Binningen sichtbar mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt würden. Allein auf freiwillige Massnahmen zu setzen, reiche offenbar nicht. Sie hebt hervor, dass es legitim sei, Nachkommen Werte wie Bäume zu hinterlassen, auch wenn diese nicht zwingend auf maximale Gewinnoptimierung ausgerichtet seien. Erben hätten keinen Anspruch auf den höchstmöglichen Verkaufserlös, sondern profitierten schon dadurch, dass sie überhaupt etwas erhielten. Der Baumschutz betreffe den unmittelbaren Lebensraum und sei damit von hoher Wichtigkeit. Sie anerkennt, dass die Wirkung des Reglements nicht exakt bezifferbar sei, plädiert aber dafür, die Chance zu nutzen, statt aus Vorsicht vor unklarer Wirkung auf Massnahmen zu verzichten. Abschliessend regt sie an, zur Abstimmung zu schreiten, da keine wesentlich neuen Argumente zu erwarten seien.

*Jonas Lüthi, FDP* entgegnet in einer kurzen Replik an Urs Hauri, er teile dessen Einschätzung nicht. Unterhalt und Pflege grosser Bäume seien gerade für ältere Personen mit begrenzten finanziellen Mitteln sehr kostspielig. Regelmässige Arbeiten durch Fachbetriebe könnten schnell mehrere Tausend Franken kosten und damit Budgets stark belasten. Aus seiner Sicht werde ein Baum in solchen Situationen eher zur finanziellen Last als zur Ressource.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* stellt klar, er habe das Votum von Sirin Hauri als Ordnungsantrag auf Schliessung der Diskussion verstanden. Da noch weitere Wortmeldungen angemeldet seien, erläutert er das Vorgehen: Nach seinen Ausführungen zur weiteren Voten, solle über den Ordnungsantrag abgestimmt werden.

*Christian Schmid, SVP* meldet sich nochmals zu Wort und verweist darauf, dass sich die Baumfläche in der Schweiz in den letzten Jahren national betrachtet um 5% erhöht habe. Er plädiert grundsätzlich dafür, das Volk bei wichtigen Fragen entscheiden zu lassen und bezeichnet entsprechende Ausgaben für Volksabstimmungen als sinnvoll, da so die Bürgerinnen und Bürger und nicht Politiker den Entscheid treffen. Er äussert Zweifel an der Aussage, das Reglement verursache keine zusätzlichen Personalkosten: Die Entwicklung der Gemeindepersonalkosten im Verhältnis zu Bevölkerungswachstum und Inflation deute seiner Ansicht nach auf eine starke Ausweitung hin. Grundsätzlich sei es ihm wichtig, dass die Einwohner ihr Geld selbst verwenden könnten und nicht über steigende Staatsausgaben indirekt an den Staat ablieferten. Abschliessend erklärt er, er habe selbst recht viele Bäume gepflanzt bzw. pflanzen lassen und sei bereit, ein Unterstützungskomitee für AHV-Rentner zu gründen, die einen Baum schützen wollen. Er würde hier auch 500 Franken sprechen. Wenn andere Personen sich dazu gesellen wollen, können sie das gerne machen. Private können es effizienter und besser als der Staat.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* präzisiert anschliessend, er habe das Votum von Sirin Hauri als Ordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion verstanden. Angesichts der Vielzahl an Wortmeldungen und der Tatsache, dass es sich erst um die erste Lesung handle und eine zweite Lesung sehr wahrscheinlich sei, erachte er es als sinnvoll, neue Argumente in einer späteren Sitzung zu hören. Er informiert, es befänden sich noch vier Redner auf der Liste, und lässt darüber abstimmen, ob nach diesen vier Voten die Diskussion beendet werden solle.

## ABSTIMMUNG

Antrag S. Hauri, Grüne/EVP auf Schlussdiskussion: 36 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 7)

*Die Ratsmitglieder stimmen einstimmig zu, die Debatte nach den verbleibenden vier Redebeiträgen zu schliessen.*

*Olivier Kremo, SVP* ergreift nochmals das Wort und würdigt, dass die Grünen und Teile der SP mit ihrer Unterstützung des Birsigparks in der Baumpolitik konsequent gehandelt hätten. Er weist darauf hin, dass eine weitere Möglichkeit zur Bekämpfung von Hitzespots darin bestehe, das Referendum gegen den Quartierplan Spiesshöfli zu unterstützen, da damit eine Reduktion der Gebäudehöhe erreicht würde.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* richtet eine kurze Replik an Jonas Lüthi. Er weist darauf hin, dass in der ursprünglichen Fassung des Reglements in § 5 Abs. 2 vorgesehen gewesen sei, dass Eigentümerinnen und Eigentümer, die einen Baum unter Schutz stellen, auf Gesuch hin einen Beitrag der Gemeinde an die fachgerechte Pflege durch lokale Anbieter erhalten. Genau diese Regelung habe den von Lüthi angesprochenen finanziellen Herausforderungen älterer oder einkommensschwächerer Personen Rechnung getragen.

*Lukas Jegge, Mitte/GLP* meldet sich als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission zu Wort und widerspricht der Darstellung von Christian Schmid, wonach eine «Kostenexplosion» in der Verwaltung stattgefunden habe. Er stellt klar, dass die massgeblichen Ausgabenzuwächse insbesondere auf steigende Gesundheitskosten zurückzuführen seien und nicht auf übermässige Personalausweitungen in der Gemeindeverwaltung. Ihm sei wichtig, diese Differenzierung festzuhalten, um falschen Eindrücken entgegenzuwirken.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* beendet damit die Fraktionsvoten und leitet zur Detailberatung des Baumschutzreglements über. Er bittet die Ratsmitglieder, die synoptische Fassung des Reglements zur Hand zu nehmen. Er hält fest, dass ein Antrag der Grünen vorliegt, der verlangt, die Fassung des Baumschutzreglements vom 07.07.2025 anstelle der Version vom 16.10.2025 zu übernehmen.

Der Präsident kündigt an, Absatz für Absatz durch die synoptische Darstellung zu gehen und am Schluss über die beiden Varianten (Version vom 07.07.2025 gegenüber der Version vom 16.10.2025) abzustimmen. Er erläutert, dass es aus Gründen der inhaltlichen Konsistenz wenig sinnvoll wäre, über jeden Paragraphen einzeln abzustimmen, da das Reglement als Gesamtwerk stimmig sein müsse.

Im Rahmen der Detailberatung fragt der Einwohnerratspräsident der Reihe nach, ob Änderungswünsche zu den einzelnen Bestimmungen bestehen:

#### DETAILBERATUNG

Zu § 1 werden keine Änderungsanträge gestellt. Zu § 2 werden keine Änderungsanträge gestellt. Zu § 3 (einschliesslich einer Änderung in Absatz 2) werden keine weiteren Änderungswünsche angemeldet. Zu § 4 werden keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht. Zu § 5 werden keine zusätzlichen Änderungen verlangt. Zu den §§ 6 und 7 erfolgen ebenfalls keine weiteren Änderungsanträge. Zu den beiden Regelungen unter § 8 werden schliesslich ebenfalls keine weiteren Änderungen beantragt. Der Präsident erkundigt sich, ob Änderungswünsche zu den §§ 9, 10 und 11 bestehen. Ebenso werden zu § 12 sowie zu den §§ 13, 14 und 15 keine zusätzlichen Änderungswünsche vorgebracht.

Der Präsident leitet anschliessend zur Variantenabstimmung über. Er erläutert, dass in einem ersten Schritt darüber abzustimmen ist, ob in der Schlussabstimmung die Reglementsfassung vom 16. Oktober 2025 oder jene vom 7. Juli 2025 zur Anwendung gelangen soll. Wer für die Variante vom 16. Oktober 2025 stimme, also für ein Baumschutzreglement, in dem sämtliche Bestimmungen zu Bäumen auf privatem Grund entfallen, gebe seine Stimme mit «Ja» ab. Wer die Variante vom 7. Juli 2025 gemäss Antrag der Grünen bevorzuge, mit der Möglichkeit, auch Bäume auf privatem Grund zu schützen, stimme mit «Nein». Nach Durchführung der Abstimmung stellt der Präsident fest, dass sich der Rat mit 19 zu 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen für das Reglement in der Version vom 7. Juli 2025 ausgesprochen hat.

In einem zweiten Schritt lässt der Einwohnerratspräsident über das gesamte Baumschutzreglement in der Variante vom 7. Juli 2025 abstimmen. Wer mit dieser Fassung einverstanden sei, stimme «Ja», wer sie ablehne, stimme «Nein». Nach Auszählung der Stimmen hält er fest, dass das Reglement in der Fassung vom 7. Juli 2025 mit 19 zu 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen in erster Lesung angenommen worden ist.

*Roman Oberli, SVP* meldet sich zu Wort und erklärt, er habe zu Beginn nicht korrekt verstanden, wie mit der zweiten Lesung verfahren werde. Er erkundigt sich, ob nicht ein Antrag auf Verzicht auf die zweite Lesung angekündigt gewesen sei.

Der Präsident hält fest, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, auf eine zweite Lesung zu verzichten, sofern ein entsprechender Antrag gestellt werde. Nach seiner Kenntnis sei bisher kein solcher Antrag eingebracht worden. Er fragt in den Rat, ob jemand einen Antrag auf Verzicht auf die zweite Lesung stellen wolle. Nachdem ein solcher Antrag gestellt wird, weist der Präsident darauf hin, dass hierfür eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich sei, was 26 Stimmen entspreche. Wer auf eine zweite Lesung verzichten wolle, stimme «Ja», wer eine zweite Lesung wünsche, stimme «Nein». Nach der Abstimmung stellt er fest, dass mit 21 Ja-Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt wird und es somit bei einer zweiten Lesung bleibt.

## ABSTIMMUNG

### Ausmehren: Version Baumschutzreglement

Version vom 07. Juli 2025 19 JA

Version vom 16. Oktober 2025 15 JA

4 Enthaltungen (Abstimmung 8)

Baumschutzreglement, Version vom 07.07.2025, 1. Lesung: 19 JA / 15 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 9)

Verzicht auf 2. Lesung Baumschutzreglement: 21 JA / 14 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 10)

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat beschliesst das Baumschutzreglement, Version vom 07. Juli 2025, in 1. Lesung.

---

## Traktandum 8

**Gesch. Nr. 106**

### **Investitionsausgabe für die Strassensanierung inkl. Einrichtung einer Begegnungszone Ziegel-/Schützenweg**

Der Präsident kündigt den Übergang zu Traktandum 8 an: Investitionsausgabe für die Strassensanierung inklusive Einrichtung einer Begegnungszone am Ziegelweg und Schützenweg. Er fragt, ob das Eintreten bestritten sei und ersucht sodann um die Voten der Fraktionssprechenden.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

*Jonas Lüthi FDP* hält fest, die FDP-Fraktion erkenne den klaren Sanierungsbedarf der betroffenen Strasse an. Bereits vor der neuen Überbauung sei der Zustand ungenügend gewesen, durch die Bauphase habe sich dieser weiter verschlechtert. Die Bauherrschaft leiste einen Infrastrukturbeitrag von 270'000 Franken, während die Gemeinde beziehungsweise die Steuerzahlenden rund 1,78 Mio. Franken tragen

müssten. Die Sanierung beinhalte zugleich eine Aufwertung in Form einer Begegnungszone mit Tempo 20 anstelle der bisherigen Tempo-30-Zone. Insgesamt würden, soweit die Fraktion dies überblickt habe, acht öffentliche Parkplätze auf Allmendfläche ersatzlos wegfallen. Die von der Bauherrschaft geschaffenen Parkplätze stünden lediglich den Mietenden der Überbauung zur Verfügung und nicht der Allgemeinheit.

Der Votant stellt die Frage, ob es Aufgabe der Gemeinde sei, eine derart aufgewertete «Luxusvariante» einer Begegnungszone mitzufinanzieren, während der Bauherr zugleich von der Attraktivitätssteigerung und höheren Vermietbarkeit profitiere. Die FDP fordere eine sorgfältige Prüfung, ob die geplante Ausführung bedarfsgerecht sei oder ob eine einfachere Sanierung ohne «Luxusausbau» möglich wäre. Die Fraktion spreche sich deshalb für eine Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission aus.

*Karin Müller SP* betont, dass der Sanierungsbedarf der beiden Strassen unbestritten sei, was auch zuvor bereits festgehalten worden sei. Die gleichzeitige Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED erachtet sie als sinnvoll. Sie weist darauf hin, dass die Bauherrschaft der neuen Wohnüberbauung ein Gesuch für die Einrichtung einer Begegnungszone gestellt habe und dafür einen Infrastrukturbeitrag von 270'000 Franken leiste. Eine Umfrage unter den Anwohnenden habe eine zustimmende Mehrheit ergeben.

Die Votantin verweist auf die Nähe zum Schulhaus Spiegelfeld, das von zahlreichen Kindern und Jugendlichen zu Fuss oder mit dem Velo frequentiert werde. Die bestehende Tempo-30-Zone solle durch eine weitere Verkehrsberuhigung ergänzt werden, was der im Rat mehrfach betonten Schulwegsicherheit entgegenkomme. Eine Spielstrasse erhöhe die Attraktivität der Wohnlage für Familien mit Kindern. Die vorgesehene Entsiegelung nach den Prinzipien der Schwammstadt wird im Hinblick auf Klimaanpassung ausdrücklich begrüsst. Für die Jahre 2026 und 2027 seien im Budget respektive Investitionsplan bereits 1,75 Mio. Franken vorgesehen. Die SP-Fraktion stimme der Investitionsausgabe von 1,78 Mio. Franken daher zu.

*Oliver Peter, Mitte/GLP* dankt Gemeinderat und Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Er führt aus, das Quartier am Ziegel- und Schützenweg mit der neuen Überbauung Xaver eigne sich gut für eine Spielstrasse bzw. Begegnungszone mit Tempo 20. Die Mehrheit der Anwohnenden stehe dem Vorhaben positiv gegenüber, wenn auch knapp. Die Massnahmen berücksichtigten Sicherheit, Entsiegelung und moderne Beleuchtung und würden die Lebensqualität im Quartier steigern.

Die Fraktion anerkenne den Sinn, im Rahmen des Projekts gleichzeitig den Strassenbelag zu erneuern. Inhaltlich spreche aus ihrer Sicht nichts gegen die Sanierung und die Umwandlung in eine Begegnungszone. Gleichwohl sei jeder Franken nur einmal auszugeben, weshalb das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch bei kleineren Vorhaben im Blick behalten werden müsse. Die Fraktion unterstütze deshalb eine Überweisung an die BPK, damit geprüft werden könne, ob die Projektziele, wie funktionierender Strassenbelag und Spielstrass, mit möglichen Einsparungen erreicht werden könnten.

*Stefan Gubelmann, SVP* schliesst sich in weiten Teilen den Ausführungen der FDP an. Der schlechte Zustand der Strasse und der Sanierungsbedarf seien unbestritten, ebenso die Sinnhaftigkeit der Umrüstung auf LED. Kritisch beurteilt die SVP jedoch den Wegfall von zwölf öffentlichen Parkplätzen. Die in der Vorlage erwähnten 86 Mietparkplätze und 14 Besucherparkplätze seien vorwiegend für die neue Überbauung bestimmt und nicht geeignet, den Verlust der bisherigen öffentlichen Parkplätze zu kompensieren.

Er weist darauf hin, dass sich in unmittelbarer Nähe der Sportplatz Binningen, Schwingclub und Leichtathletikverein befinde, wodurch regelmässig viele Eltern mit Kindern an- und abfahren. Der Wegfall von Parkplätzen könne zu vermehrter Parkplatzsuche in Kreisfahrten und damit zu mehr Verkehr führen. Er stellt die Notwendigkeit des Projekts in der konkret vorliegenden Form in Frage und spricht sich ebenfalls für eine vertiefte Prüfung in der BPK aus.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* erklärt, ihre Fraktion freue sich über die geplante Begegnungszone am Ziegelweg. Aufgrund der topographischen Verhältnisse in Binningen gebe es nur wenige Strassen, die sich für

Spielstrassen eignen; hier biete sich nun eine passende Gelegenheit. Von einem tieferen Fahrtempo profitierten nicht nur Kinder, sondern das Quartier insgesamt durch weniger Lärm, weniger Durchgangsverkehr und mehr Aufenthaltsqualität.

Sie hebt hervor, dass eine Reduktion der Parkplätze möglicherweise dazu führen könne, dass weniger Kinder mit dem Auto gebracht würden, was die Schulwegsicherheit zusätzlich erhöhe. Ihre Fraktion unterstütze die geplante Investition.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* fragt, ob sich der Gemeinderat zur Vorlage äussern wolle.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich für die Rückmeldungen und hält angesichts der absehbaren Mehrheit für eine Überweisung an die BPK ihr Votum kurz. Sie betont, es handle sich nicht um ein «Luxusprojekt», sondern um ein Vorhaben, das die Anliegen der Anwohnenden aufnehme und sich stimmig ins Quartier einfüge. Die vorgesehene Überprüfung in der BPK begrüsse sie, da dies das Vertrauen in die erarbeiteten Grundlagen stärke.

Zur Kritik am Parkplatzabbau verweist sie auf die Unterlagen, die belegten, dass sich die Parkplatzsituation im Gesamtquartier verbessere. Die Platzverhältnisse liessen vor Ort keine Stapelung zu, es gäbe nur den Platz, der zur Verfügung stehe. Die Einrichtung der Begegnungszone bringe notwendigerweise gewisse Umstellungen mit sich. Insgesamt werde die Situation jedoch besser, was in der BPK bei Bedarf im Detail nachvollzogen werden könne.

Der Präsident erkundigt sich, ob weitere Wortmeldungen gewünscht sind.

*Jonas Lüthi, FDP* äussert sich nochmals kurz zur Verkehrsberuhigung und Spielstrasse. Er zeigt sich zurückhaltend gegenüber der Idee, Kinder systematisch an das Spielen auf der Strasse zu gewöhnen. Eine schrittweise Umwandlung von Tempo-30-Zonen in Spielstrassen könne aus verkehrspädagogischer Sicht problematisch sein, da Kinder lernen müssten, zwischen unterschiedlichen Strassentypen zu unterscheiden; das Spielen auf Fahrbahnen dürfe kein allgemeines Lernmuster werden.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* entgegnet, dass es wichtig sei, Kindern wieder Raum im Strassenraum zuzugestehen. Bevor der motorisierte Verkehr stark zugenommen habe, seien Strassen selbstverständlich Spielräume gewesen; erst der heutige Verkehr habe Spielplätze als Ersatzräume notwendig gemacht. Kinder könnten sehr wohl lernen, wo gespielt werden dürfe und wo nicht; Begegnungszonen seien hierbei ein klar gekennzeichnete Raum.

*Roman Oberli, SVP* berichtet aus eigener Kindheitserfahrung am Ziegelweg, dass früher auf der Strasse gespielt worden sei und Kinder problemlos auf herannahende Fahrzeuge reagiert hätten. Er sehe keine Unfallserien, die eine Begegnungszone zwingend rechtfertigten. Sollte dennoch eine Begegnungszone eingerichtet werden, hoffe er, dass nicht zusätzlich Geschwindigkeitskontrollen eingerichtet würden, da spielende Kinder mit Trottinets die Tempo-20-Grenze selbst überschreiten könnten.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* schliesst die Diskussion und leitet zur Abstimmung über. Es liegt ein Antrag der FDP vor, die Vorlage an die Bau- und Planungskommission zu überweisen. Wer den Antrag auf Überweisung an die BPK unterstütze, stimme «Ja», wer dagegen sei, «Nein». Nach der Abstimmung stellt er fest, dass der Rat mit 23 zu 13 Stimmen der Überweisung an die BPK zugestimmt hat.

## ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 23 JA / 13 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 11)

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat überweist das Geschäft in die Bau- und Planungskommission.

**Investitionsausgabe für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg**

Der Präsident ruft anschliessend Traktandum 9 auf: Investitionsausgabe für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg. Er fragt, ob das Eintreten bestritten werde, und bittet um die Voten der Fraktionsprechenden.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

**DISKUSSION**

*Kevin Lancashire, FDP* erklärt, die FDP befürworte die notwendige Neugestaltung bei der Blumenstrasse. Man anerkenne behördenverbindliche Aufträge und die Notwendigkeit, auf die BLT-Bahnerneuerung zu reagieren. Gleichwohl beantrage die Fraktion auch hier eine Überweisung an die BPK. Der Gemeindeanteil von 3,2 Mio. Franken sei erheblich; in Zeiten angespannter Finanzlage müsse jeder Franken auf seine Notwendigkeit hin geprüft werden.

Die Fraktion sehe möglichen Spielraum insbesondere bei den Gestaltungskosten von 215'000 Franken, bei denen genauer zu klären sei, was effektiv erforderlich sei. Die funktionale Erschliessung müsse Vorrang vor kostspieligen gestalterischen Elementen haben. Zudem sei der Verkehrsfluss kritisch zu prüfen: Eine Begegnungszone dürfe nicht zu einer «Beunruhigung» des Verkehrs führen. Bedenken äussert er zur geplanten Brücke mit Gefälle, die im Winter mit Eis und Schnee insbesondere für schulwegbenutzende Kinder problematisch sein könnte. Die BPK solle das Projekt mit Blick auf Optimierungsmöglichkeiten prüfen, um ein angemessenes Verhältnis von Wirkung und Aufwand zu erreichen.

*Urs Hauri, Grüne/EVP* dankt für Bericht und Vorlage und weist darauf hin, dass es sich um ein langjähriges Geschäft handle. Für seine Fraktion sei die vorgesehene Lösung teuer, ohne dass die Sicherheit von Velofahrenden und Fussgängerinnen, insbesondere von Schulkindern, wesentlich verbessert werde. Man erkenne die neuen gesetzlichen Anforderungen an Haltestellen des Tramverkehrs an, hätte aber einen direkten Anschluss der Blumenstrasse an Gorenmattstrasse und Bottmingerstrasse bevorzugt.

Er verweist auf den Mitwirkungsbericht vom November 2025, wonach Zu- und Wegfahrt des Primus-Areals mit Einstellhalle neu über die Gorenmattstrasse geführt und nicht mehr über die Blumenstrasse abgewickelt werden sollen, im Gegensatz zum technischen Bericht vom April 2025. Das sei für die Fraktion ein wichtiges Element, da dadurch der Verkehr auf Blumenstrasse und insbesondere im Bereich des Schafmattwegs (Schulweg und nationale Veloroute) nicht zusätzlich belastet werde. Aus eigener Anschauung beschreibt er die teils gefährliche Situation, wenn sich auf dem engen Weg Kinder, Fussgänger und E-Bike-Fahrende begegnen.

Positiv hebt er hervor, dass eine Begegnungszone in der Blumenstrasse geplant sei und ökologische Anliegen, insbesondere Versickerungsflächen und Klimaanpassung, aufgenommen worden seien. Auch das beidseitige Trottoir und die Trottoirüberfahrt in den Schafmattweg wertet er als Verbesserungen. Für die Entscheidungsfindung möchte die Fraktion vom Gemeinderat insbesondere bestätigt wissen, ob die Autoeinstellhalle des Primus-Areals definitiv über die Gorenmattstrasse erschlossen werde und wo die vier der Brücke weichen müssenden Bäume ersetzt werden sollen. Die Fraktion habe Stimmfreigabe beschlossen und wolle ihre Haltung von den Antworten und der weiteren Diskussion abhängig machen.

*Roman Oberli, SVP* dankt für die Ausarbeitung und erinnert an eine Informationsveranstaltung mit der BLT, an der verschiedene Varianten vorgestellt worden seien. Einige seiner damaligen Anregungen seien nicht weiterverfolgt worden. Die Verschiebung der Haltestelle erscheine nicht realistisch, jedoch sei

eine Anhebung des Gleistrassees mit einer Lichtsignalanlage als Alternative aus seiner Sicht nicht vertieft geprüft worden.

Er verweist darauf, dass die Ausfahrt des Primus-Areals über die Gorenmattstrasse geplant sei, womit die zusätzliche Verkehrsbelastung auf der Blumenstrasse begrenzt bleibe. Gleichzeitig warnt er, dass die neue Brücke im Bereich Schafmattweg zu zusätzlichen Konflikten zwischen ausfahrenden Autos und Velofahrenden/E-Bike-Fahrenden führen könne. Insgesamt sehe er eher eine Verschlechterung der Verkehrssicherheit und regt eine Prüfung alternativer Lösungen, insbesondere einer Trasseanhebung mit Lichtsignalanlage, an. Zudem stellt er die Frage nach der Kostenaufteilung mit der BLT und weshalb die Gemeinde mehr als zwei Drittel der Kosten tragen solle.

*Oliver Peter, Mitte/GLP* bedankt sich beim Gemeinderat und den Fachstellen. Er hebt hervor, dass der Bericht nachvollziehbar darstelle, weshalb eine Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg notwendig sei und wie die verschiedenen Anforderungen, wie Begegnungszone, Beleuchtung, Versickerung, Bepflanzung, Fusswege und Sicherheit berücksichtigt würden. Die Fraktion unterstütze das Projekt inhaltlich.

Gleichzeitig spricht er sich auch hier für eine Überweisung an die BPK aus, um zu prüfen, ob einzelne Projektteile kostengünstiger umgesetzt werden könnten. Er verweist insbesondere auf die geplante Brücke mit einer Stahlbetonplatte als Hauptkostenblock von rund 2 Mio. Franken und fragt, ob beispielsweise Holzbauvarianten mit entsprechender Tragfähigkeit denkbar wären oder ob der Umbau der Blumenstrasse konservativer gestaltet werden könnte. Grundsätzlich regt er an, bei komplexen Bauprojekten künftig deutlicher zwischen Muss- und Kann-Elementen zu unterscheiden und dem Rat gegebenenfalls Varianten (Mini-, Midi- und Maxi-Versionen) mit differenzierten Kosten und Nutzen vorzulegen.

*Jonathan Noack, SP* dankt dem Gemeinderat ebenfalls für die umfangreiche Vorlage. Die SP erkenne die erhebliche Investitionshöhe, sei aber der Ansicht, dass die Ausgaben sachlich begründet seien. Die Vorlage zeige, aus welchen Gründen die gewählte Lösung bevorzugt werde und wie breit die verschiedenen technischen und sicherheitsrelevanten Aspekte abgestützt seien. Die Fraktion erachte das Projekt als verhältnismässig und gut mit Kanton und BLT abgestimmt. Sie unterstütze den Antrag des Gemeinderats und spreche sich gegen eine Überweisung an die BPK aus.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* erteilt das Wort der zuständigen Gemeinderätin.

*Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP* erklärt, dass, ähnlich wie bei der vorangegangenen Vorlage, angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine Überweisung an die BPK wahrscheinlich sei, und fasst sich deshalb kurz. Sie bestätigt, dass auch Alternativen wie eine Erhöhung der Haltestelle geprüft worden seien, sich aber aus fachlichen Gründen als nicht umsetzbar erwiesen hätten; allfällige Detailfragen dazu könne die BPK im Rahmen ihrer Beratung vertiefen.

Auf die Nachfrage von Urs Hauri bestätigt sie, dass die Zu- und Wegfahrt der Autoeinstellhalle des Primus-Areals definitiv über die Gorenmattstrasse erfolgen werde. Diese Festlegung sei ein entscheidendes Element gewesen, um die nun vorgeschlagene Lösung für die Blumenstrasse zu ermöglichen und habe an der Informationsveranstaltung auf positive Resonanz gestossen. Die von der Brücke tangierten Bäume würden im Strassenraum ersetzt, was auf dem Gestaltungsplan ersichtlich sei. Eine Überweisung an die BPK sei aus ihrer Sicht sinnvoll, um offene Detailfragen zu klären.

Der Präsident dankt und fragt, ob weitere Wortmeldungen vorlägen.

*Lewin Lempert, SP* äussert sich zur laufenden Vorlage und freut sich bereits auf die BPK-Beratung des zuvor überwiesenen Geschäfts. Er weist darauf hin, dass die Erschliessungsfrage der Blumenstrasse bereits 2023 in einem 25-seitigen Verkehrsgutachten behandelt worden sei. Er warnt davor, der BPK weitere Prüfaufträge zu alternativen Erschliessungsvarianten zu erteilen, da dies die Kompetenzen der

Kommission übersteige und unabhängige Gutachten erfordern würde. Die Gründe für die geplante Lösung, insbesondere die Anforderungen an die Tramhaltestelle durch die BLT und das Behindertengleichstellungsgesetz, seien seit Jahren bekannt und liessen keine wesentlichen Kosteneinsparungen zu.

Für die Brücke als grössten Kostenposten erachte er eine Kosten-Nutzen-Prüfung als sinnvoll, ebenso für die Begegnungszone. Zur Erschliessung schlage er jedoch vor, dies explizit aus dem BPK-Auftrag herauszunehmen. Er beantragt, bei der Abstimmung über die Überweisung getrennt über diesen Aspekt zu votieren.

Der Präsident bittet Lewin Lempert, den Antrag schriftlich zu formulieren, da er den genauen Inhalt nicht eindeutig erfasst habe.

*Roman Oberli, SVP* rät Lewin Lempert, auf den Antrag zu verzichten. Es gehe nicht um die Prüfung neuer Varianten, sondern um eine erneute Risikoanalyse der bereits bekannten Optionen. Aus seiner Sicht sei das Risiko einer Brücke über den Schafmattweg höher als bei einer Variante mit Lichtsignalanlage, insbesondere da die BLT letztere ablehne. Eine Risikobewertung würde Klarheit schaffen und sei kein neuer Prüfauftrag.

*Ralph Büchelin, SP* weist darauf hin, dass nicht von einer Brücke, sondern von einem «Brückchen» gesprochen werde, das aus zwingenden Gründen notwendig sei. Die Verbreiterung und Behindertengerechtmachung der Tramhaltestelle lasse keine andere Lösung zu; die Erschliessung über den Schafmattweg sei damit vorgegeben. Er sehe keinen Bedarf für monatelange BPK-Beratungen und habe volles Vertrauen in die Ausarbeitung durch den Gemeinderat. Er spreche sich gegen eine Überweisung an die BPK aus.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* dankt und leitet zur Abstimmung über. Es liegen zwei Anträge vor: ein genereller Antrag auf Überweisung an die BPK sowie der Antrag von Lempert für eine limitierte Überweisung ohne Prüfung der Erschliessungsvarianten. Er schlägt eine gestaffelte Abstimmung vor: Zuerst über die generelle Überweisung, wobei «Ja» für die volle Überweisung und «Nein» für die limitierte Variante stehe. Ralph Büchelin äussert Verständnisprobleme. Der Präsident hält fest, dass die Ausgestaltung des Auftrags in der Kompetenz der BPK liege.

*Lewin Lempert, SP* erinnert daran, dass bereits Verkehrsgutachten zu genau dieser Frage erstellt worden seien. Eine Änderung der Erschliessung sei aufgrund übergeordneter Zwänge nicht möglich. Eine qualitative Auseinandersetzung in der BPK sei dennoch denkbar; bei Mehrheitswunsch sei dies jedoch akzeptabel.

Der Präsident fasst zusammen, dass der Rat mit 20 zu 16 Stimmen einer generellen Überweisung zugestimmt habe.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* bestätigt Lempert, verweist aber darauf, dass Gutachten von Organisationen wie Pro Velo weitere Ideen liefern könnten. Die Situation für Fussgänger und Velofahrer verschlechtere sich durch das Projekt, was sie nicht akzeptiere.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* leitet zur abschliessenden Abstimmung über die Überweisung an die BPK über. Wer dafür sei, stimme «Ja», wer dagegen, «Nein». Nach Auszählung stellt er fest, dass das Geschäft mit 27 zu 10 Stimmen in die BPK überwiesen wird.

## ABSTIMMUNG

### Ausmehren: Überweisungsart in die BPK

Generelle Überweisung in die BPK: 20 JA

Limitierte Überweisung in die BPK: 16 NEIN

2 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Überweisung in die BPK: 27 JA / 10 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 13)

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat überweist das Geschäft in die Bau- und Planungskommission.

---

## Traktandum 10

Gesch. Nr. 115

### Investitionsausgabe Schliessanlage

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* ruft anschliessend das letzte Geschäft der Sitzung auf: Investitionsausgabe für eine neue Schliessanlage. Er fragt nach bestrittenem Eintreten und bittet Fraktionssprecher um Voten.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

## DISKUSSION

*Monique van Loon, Mitte/GLP* erläutert, die bestehende Schliessanlage stamme aus dem Jahr 1990 und sei technisch veraltet. Die Notwendigkeit einer Erneuerung werde anerkannt. Kritisch angemerkt wird die knappe Informationslage zur Investition von 2,3 Mio. Franken. Die Votantin regt an, bei grösseren Investitionen künftig frühzeitig umfassendere Informationen vorzulegen. Sie formuliert Erwartungen an Effizienzsteigerungen, nutzerfreundliche Abläufe, Einbezug der Betroffenen sowie Berücksichtigung von Sicherheits- und Digitalisierungsaspekten. Der Gemeinderat wird für die rasche Vorantreibung des Projekts gewürdigt, da zeitlicher Druck mit der Fertigstellung des Schulcampus Dorfs besteht. Die Mitte/GLP Fraktion werde den Antrag des Gemeinderats unterstützen.

*Melanie Held, SVP* erklärt aus fachlicher Sicht aus, es fehlten vergleichende Offerten sowie transparente Kostengrundlagen. Sie äussert Bedenken hinsichtlich Datenschutz und Privatsphäre insbesondere in Wohnliegenschaften. Mechanische Anlagen gingen nicht grundsätzlich kaputt, während elektronische Systeme höhere Kosten verursachten und eine kürzere Lebensdauer aufwiesen. Sie fordert eine genauere Vorlage des Gemeinderates. Abschliessend äussert die die Votantin zudem die Vermutung, bei den Schulhausbauten könne die Schliessanlage im Budget nicht berücksichtigt worden sein, wie dies auch in grösseren Organisationen gelegentlich vorkomme.

*Ralph Büchel, SP* unterstützt das Vorhaben grundsätzlich. Die Anlage sei veraltet, die Erneuerung (rund 2,3 Mio. ±10 %) angemessen bei 40-jähriger Vorgänger-Lebensdauer. Er ersucht jedoch um Klärung des Persönlichkeitsschutzes bei zentraler Systemsteuerung und möglicher Erfassung von Bewegungsdaten. Die Fraktion stimme dem Antrag unter Vorbehalt entsprechender Klärungen zu.

*Aline Glaser, Grüne/EVP* möchte sich kurz halten: Trotz hoher Kosten befürwortet die Fraktion eine sichere Zukunft und stimmt Investitionsausgaben den zu.

*Peter Frauchiger, FDP* berichtet von eingehender Prüfung der FDP-Fraktion. Er führt aus, es fehlten wesentliche Informationen und eine antizipierende Kommunikation des Gemeinderats. Die Vorlage vermittele erheblichen Zeitdruck, obwohl die Kündigung der bisherigen Anbieterin bereits 2020 erfolgt sei. Dies setze den «Milizrat» unter Druck. Angesichts offener Fragen beantragt die FDP-Fraktion die Überweisung an die BPK und kündigt Ablehnung des Antrags in der vorliegenden Form an.

Der Einwohnerratspräsident erteilt Gemeinderat Philippe Meerwein das Wort.

Auf Einladung des Präsidenten nimmt *Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* Stellung. Er erläutert, die Ausschreibung sei umfangreich und daher zusammengefasst worden. Nach Mitteilung im Jahr 2020 habe ein Zeitfenster von zehn Jahren bestanden; eine öffentliche Ausschreibung mit acht Anbietern sei durchgeführt worden. Die Vorlage basiere auf dem Angebot des günstigsten Anbieters. Datenschutzrichtlinien würden eingehalten; Detailfragen seien im Rahmen der Umsetzung zu klären. Der Gemeinderat dankt im Voraus für Bewilligung des Kredits.

*Präsident Thomas Häfele, FDP* erkundigt sich nach weiteren Voten.

*Melanie Held, SVP* ergreift das Wort und führt ergänzende technische Ausführungen zur Lebensdauer verschiedener Schliesssysteme an. Sie erläutert, mechanische Schliessanlagen wiesen in der Regel eine Lebensdauer von zehn bis zwanzig Jahren auf und könnten bei sachgemässer Wartung bis zu vierzig Jahre betrieben werden. Vor diesem Hintergrund stellt sie fest, dass die bestehende Anlage altersbedingt grundsätzlich erneuerungsbedürftig sei, regt jedoch an, bei der Systemwahl auch einfache mechanische Lösungen in Betracht zu ziehen. Elektronische Schliesssysteme verfügten demgegenüber typischerweise über eine kürzere Lebensdauer von etwa acht bis maximal zwölf Jahren, wobei die Funktionsdauer insbesondere von Batterien und Software abhängig sei. Daraus resultiere nach ihrer Einschätzung ein insgesamt höherer finanzieller Aufwand. Die Votantin ersucht zudem darum, die vollständigen Ausschreibungsunterlagen samt relevanten Datengrundlagen zugänglich zu machen, um eine vertiefte Prüfung zu ermöglichen. Ferner regt sie an, die geltenden Datenschutzrichtlinien der Vorlage beizulegen, sofern dies mit vertretbarem Aufwand möglich sei.

*Roman Oberli, SVP* schliesst sich in seiner Wortmeldung den zuvor geäusserten Ausführungen von Peter Frauchiger an und erklärt seine inhaltliche Übereinstimmung. Gestützt auf eigene Erfahrungen mit elektronischen Zugangskontrollsystemen weist er auf mögliche Funktionsprobleme bei Stromausfällen hin, die zu Einschränkungen des Zugangs führen könnten. Er unterstreicht den Bedarf an weiterführenden Informationen und erklärt, aus diesem Grund eine Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission unterstützen zu können.

*Peter Frauchiger, FDP* richtet eine ergänzende Anfrage an den zuständigen Gemeinderat und erkundigt sich nach den zu erwartenden jährlichen Betriebskosten eines elektronischen Schliesssystems. Er verweist auf die geplante Anzahl von rund 4'750 Schlüsseln und führt aus, dass bei elektronischen Systemen erfahrungsgemäss nicht unerhebliche Folgekosten anfallen könnten. Vor diesem Hintergrund er sucht er um eine Indikation zu den künftigen Betriebskosten.

*Karin Glaser, Grüne/EVP* nimmt Stellung und äussert Verständnis für die Höhe der vorgesehenen Investition. Sie führt aus, bereits einfache mechanische Schliessanlagen in Mehrfamilienhäusern seien mit erheblichen Kosten verbunden, was möglicherweise auch auf die begrenzte Anzahl von Anbietern im Markt zurückzuführen sei. Sie hält fest, dass die Wahl des günstigsten Angebots mit der Erwartung verbunden sei, dass dieses den qualitativen Anforderungen dennoch entspreche. Zugleich weist sie auf die generelle Anfälligkeit elektronischer Systeme bei Stromausfällen hin, betont jedoch die funktionale Notwendigkeit elektronischer Schliesslösungen in Schulgebäuden, etwa im Hinblick auf automatisierte Schliesszeiten. Sie ergänzt, Notöffnungsmechanismen müssten grundsätzlich jederzeit einen Ausgang ermöglichen, andernfalls liege ein Systemfehler vor.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. Er erläutert, Schliesssysteme seien grundsätzlich komplex und mit laufendem Unterhaltsaufwand verbunden. Die Gemeinde verfüge bereits über ein bestehendes System, weshalb kein vollständiger Systemwechsel von Grund auf erfolge. Elektronische Schliesssysteme ermöglichten eine vereinfachte Verwaltung, führten jedoch zu höheren Investitionskosten und wiesen eine begrenzte Lebensdauer auf als mechanische Anlagen. Er führt aus, dass sich der betriebliche Aufwand nach seiner Einschätzung insgesamt in vergleichbarer Grössenordnung bewegen werde. Zur Kostenstruktur ergänzt er, eine vollständig elektronische Ausrüstung sämtlicher Anlagen würde zusätzliche Mehrkosten verursachen; aus diesem Grund seien interne

Schliessungen weiterhin mechanisch vorgesehen. Abschliessend hält er fest, im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung seien auch Referenzen der Anbieter geprüft worden, sodass die Vergabe nicht ausschliesslich nach dem günstigsten Preis erfolgt sei.

*Melanie Held, SVP* ergreift erneut das Wort und stellt zwei ergänzende fachliche Hinweise voran. Sie führt aus, bei elektronischen Schliesssystemen sei im Falle eines Stromausfalls in der Regel eine Batterieversorgung vorgesehen, wodurch die Funktionalität der Anlage weiterhin gewährleistet bleibe. Weiter erläutert die Votantin, dass eine mechanische Schliessanlage, welche typischerweise Wohnungstüre, Haustüre etc. umfasst, durchschnittlich Kosten von rund 1'000 Franken pro Schliessung verursache. Würden bei Wohnliegenschaften, ausdrücklich nicht bei Schulhäusern oder Verwaltungsgebäuden, einfache mechanische Systeme berücksichtigt, könnten nach ihrer Einschätzung Kosten in der Grössenordnung von mehreren Tausend Franken eingespart werden.

*Olivier Kremo, SVP* richtet eine Nachfrage an den zuständigen Gemeinderat und ersucht um Präzisierung der kantonalen Datenschutzrichtlinien. Er erkundigt sich insbesondere danach, wer bei elektronischen Zugangssystemen in privaten Wohngebäuden Einsicht in entsprechende Daten habe und wer nachvollziehen könne, wann Personen ein Gebäude betreten oder verlassen.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* nimmt Stellung und erklärt, er könne die kantonalen Datenschutzbestimmungen nicht im Wortlaut wiedergeben. Er führt jedoch aus, dass die datenschutzrechtlichen Anforderungen in jüngerer Zeit verschärft worden seien und Einblicke in private Wohnbereiche grundsätzlich nicht zulässig seien.

*Monique van Loon, Mitte/GLP* ergreift das Wort und ersucht um Präzisierung, ob sämtliche bestehenden mechanischen Schliesssysteme in allen Gebäuden ersetzt werden sollen. Zudem nimmt sie Bezug auf zuvor geäusserte Hinweise zum zeitlichen Druck und erkundigt sich nach dessen konkretem Ausmass. Die Votantin möchte wissen, ob eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission zu Verzögerungen beim Schulcampus Dorf führen würde oder ob im Planungsprozess noch zeitliche Spielräume bestünden.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* erläutert in seiner Antwort, die Terminplanung stehe in direktem Zusammenhang mit dem Baufortschritt. Sollte die neue Schliessanlage nicht rechtzeitig bewilligt werden, müssten vorübergehend provisorische Lösungen eingesetzt werden, was mit zusätzlichem Aufwand verbunden wäre. Der Zeitpunkt der definitiven Umsetzung sei folglich vom Entscheid des Einwohnerrats abhängig.

*Jonas Lüthi, FDP* äussert in einer Replik die Auffassung, aus den Ausführungen des Gemeinderats lasse sich ableiten, dass der Schulhausneubau im Bedarfsfall mit einer provisorischen Lösung ausgestattet werden könne. Dies würde ermöglichen, die Gesamtfrage der Schliessanlage vertieft in der Bau- und Planungskommission zu prüfen, ohne den Baufortschritt unmittelbar zu beeinträchtigen. Er spricht sich dafür aus, keine übereilte Zustimmung zu erteilen.

*Dunja Bühler, FDP* stellt eine weitere Nachfrage und zeigt sich erstaunt über den Zeitpunkt der Vorlage. Sie erkundigt sich, ob die Schliessanlage im Rahmen der Planung des neuen Schulhauses nicht bereits ausreichend berücksichtigt worden sei und weshalb die Behandlung des Themas nun kurzfristig erfolge. Nach ihrer Auffassung gehöre die Frage der Schliesssysteme grundsätzlich zu den integralen Bestandteilen einer Gebäudeplanung.

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* nimmt Stellung und führt aus, die Schliessanlage sei nach ihrem Verständnis Bestandteil der Investitionsplanung gewesen und auch in der Immobilienkommission behandelt worden. Sie hält fest, dass sämtliche Fraktionen in dieser Kommission vertreten seien und Investitionsvorhaben dort frühzeitig sichtbar würden. Die Schliessanlage sei im Investitionsplan aufgeführt gewesen und somit im Rahmen der Budgetberatungen bereits bekannt gewesen.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* ergänzt, der entsprechende Kredit sei nicht übersehen worden. Die Schliessanlage sei in den Einzelprojekten jeweils mitberücksichtigt worden, nun gehe es jedoch um die Umsetzung eines Gesamtsystems für sämtliche Gemeindeliegenschaften. Aufgrund dieser Schnittstellenproblematik bestehe ein begrenzter zeitlicher Handlungsspielraum.

*Präsident Thomas Häfele, FDP* schreitet zur Abstimmung. In der Abstimmung über den Antrag der FDP auf Überweisung an die BPK wird dieser mit 19 zu 17 Stimmen abgelehnt. In der Abstimmung über den Antrag vom Gemeinderat bewilligt der Einwohnerrat die Investitionsausgabe von 2,27 Mio. Franken für die neue Schliessanlage mit 21 zu 16 Stimmen.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 17 JA / 19 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 14)

Beschliessung neuer Schliessanlage: 21 JA / 16 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 15)

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat beschliesst eine Investitionsausgabe von CHF 2,274 Mio. inkl. MWST mit einer Genauigkeit von +/- 10 Prozent für die Erneuerung und Erweiterung der Schliessanlage aller gemeindeeigenen Gebäude.

---

#### Traktandum 11

**Gesch. Nr. 53**

**Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung**

#### BESCHLUSS

---

://: Vershoben.

---

#### Traktandum 12

**Gesch. Nr. 79**

**Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt**

#### BESCHLUSS

---

://: Vershoben.

---

#### Traktandum 12

**Gesch. Nr. 79**

**Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt**

#### BESCHLUSS

---

://: Vershoben.

---

### **Traktandum 13**

**Gesch. Nr. 83**

#### **Interpellation R. Büchelín, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld**

BESCHLUSS

---

://: Vershoben.

---

### **Traktandum 14**

**Gesch. Nr. 92**

#### **Interpellation L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware**

BESCHLUSS

---

://: Vershoben.

---

### **Diversa**

---

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* dankt und hält um 22:15 Uhr fest, dass keine weiteren Geschäfte mehr aufgenommen werden sollen, obwohl spannende Anträge zur Wahlplakatierung vorlägen. Er leitet zum Traktandum Diversa über.

Der Präsident teilt mit, dass der Einwohnerrat in der September-Sitzung eine Fünfer-Spezialkommission zur Revision der Gemeindeordnung bestellt habe und das letzte Ersatzmitglied, Elif Cakar (Grüne/EVP), vom Büro gewählt worden sei.

Er erinnert an den Einwohnerratsausflug am 21. März 2026 im Raum Arlesheim und bittet um Terminreservierung. Die Einladung folge in Kürze.

Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Mitteilungen aus dem Rat.

*Roman Oberli, SVP* kündigt die Binninger Fasnacht am 28. Februar an und bietet noch verfügbare Plaketten bei sich an.

*Charlotte Marti, SVP* bringt einen Vorschlag ein, in der nächsten Einwohnerratssitzung den Stand des Schulhauses Campus Dorf zu erörtern, insbesondere den Planungsfortschritt.

*Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* fragt nach Mitteilungen des Gemeinderats. Er lobt die einwandfreie Tonanlage, die lebhaftige Diskussion zum Baumschutzreglement mit Beteiligung über die

Hälfte der Anwesenden sowie die Äusserungen neuer Einwohnerrätinnen und -räte. Der Präsident schliesst die Sitzung um 22.18 Uhr und wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom  
2. Februar 2026

			105					
			3	4	5	6	7	8
			Antrag 1: Genehmigung des QP Spiesshöfli (in 2. Lesung)	Antrag 2: Beschluss QP- Regelment Spiesshöfli (in 2. Lesung)	Antrag 3: Beschluss Zonenplan Siedlung und Landschaft, Mutationsplan Spiesshöfli (in 2. Lesung)	Antrag 4: Beschluss Baulinienplan Spiesshöfli (in 2. Lesung)	Antrag S. Hauri, Grüne/EVP Schlussdiskussion	Version vom 07.07.2025 (Nein) vs. 16.10.2025 (Ja)
Nr.	Name	Fraktion						
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
7	Büchelín	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
8	Bürgler	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Nein
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
20	Kamber	GLP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Bühler	FDP	Nein	Enthaltung	Not voted	Nein	Ja	Ja
25	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
27	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Kaiser	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
29	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Held	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Not voted	Ja
39	Steffen	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
40	Gubelmann	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja

**TOTAL**

Ja	30	29	30	30	36	15
Nein	8	7	7	8	0	19
Enthaltungen	0	2	0	0	0	4
	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>37</b>	<b>38</b>	<b>36</b>	<b>38</b>

ER-Sitzung vom  
2. Februar 2026

		46		106		114		115	
		9		11		12		14	
		10		11		13		15	
		Version vom 07.07.2025, 1. Lesung		Antrag auf Verzicht 2. Lesung		Überweisung BPK		Generelle Überweisung BPK (Ja) vs. limitierte Überweisung BPK (Nein)	
				Überweisung BPK		Überweisung BPK		Überweisung BPK	
								Investitionsausgabe CHF 2,274 Mio. inkl. MWST mit einer Genauigkeit von +/- 10 %	
Nr.	Name	Fraktion							
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Not voted
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
7	Büchelín	SP	Enthaltung	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
8	Bürgler	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Not voted	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
15	Schellenberg	SP	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
18	Gerber	GLP	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja
23	Behrends	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Bühler	FDP	Nein	Nein	Not voted	Ja	Not voted	Ja	Nein
25	Frauchiger	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Giani	FDP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Häfele	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Kaiser	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
29	Lancashire	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
30	Lüthi - La Roche	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Schinzel	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Held	SVP	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Kremo	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Marti	SVP	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
37	Oberli	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
40	Gubelmann	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein

**TOTAL**

Ja	19	21	23	20	27	17	21
Nein	15	14	13	16	10	19	16
Enthaltungen	4	1	1	2	0	1	0
	<b>38</b>	<b>36</b>	<b>37</b>	<b>38</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>37</b>